

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Verschärfte Kommunistenjagd

Massenausweisung ausländischer Kommunisten — Ein Schlag gegen die ganze Arbeiterklasse — Ausländische Nazibanditen aber haben Narrenfreiheit

Berlin, 29. Dezember.

Der „Vorwärts“ meldet:

Eine größere Anzahl von ausländischen Kommunisten, die seit mehreren Jahren in Berlin leben und bürgerlichen Berufen nachgehen, haben vom Polizeipräsident die Mitteilung von ihrer in Aussicht genommenen Ausweisung erhalten. Da diese Ausweisung in der allernächsten Zeit bevorsteht, sollen sie sich im Laufe von acht Tagen dazu äußern. In einem Falle wurde bei einer persönlichen Rückfrage dem Betroffenen erklärt, daß eine Beschwerde seinerseits keine aufschiebende Wirkung haben würde, da die Politische Polizei seine schleunige Ausweisung verlange. Als Grund der Ausweisung wurde ihm seine staatsfeindliche Tätigkeit angegeben, die u. a. auch darin bestanden haben soll, daß er für den Wahlkampf der KPD gesammelt habe. Unter den zur Ausweisung Vorgesehenen befinden sich nicht nur Staatsangehörige der Tschechoslowakei, deren Muttersprache und Kulturkreis deutsch ist, sondern auch mehrere österreichische Staatsangehörige. Ausgewiesen soll auch ein Türke werden.

Diese Meldung zeigt offenbar den Beginn der von Schleicher in seiner Rundfunkrede angekündigten verschärfte Kom-

munistenhetze. Es ist klar, daß es sich hier nicht nur um die Ausweisung ausländischer Kommunisten, die zum Teil schon Jahrzehnte in Deutschland leben, handelt, sondern um den Beginn einer groß angelegten Aktion gegen die KPD, die ganze revolutionäre Arbeiterbewegung überhaupt.

Daß in dieser Hinsicht große Aktionen vorbereitet werden, war schon ersichtlich aus dem Gebaren der ganzen reaktionären Presse, die in den letzten Tagen alle möglichen erlogenen Greuelgeschichten bzw. die kleinsten politischen Zusammenstöße zu einer planmäßigen groß angelegten Kommunistenhetze benutzt.

Der jetzige Vorstoß Schleichers gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung hängt offenbar damit zusammen, daß die Zeit, wo mit sozial schimmernden Phrasen die Arbeiterschaft hingehalten werden konnte, für das Schleicher-Kabinett vorbei ist, daß jetzt die sich immer mehr verschärfenden Klassengegensätze mit verstärkter Wucht aufeinanderprallen. Die letzten Verordnungen der Regierung zeigen, daß sie um kein Jota weniger arbeitgeberfeindlich ist als das Papen-Kabinett. Sie weiß, daß die Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel, das Fiasco der Arbeitsbeschaffung, die Verweigerung einer auch nur einigermaßen ausreichenden Arbeitslosenunterstützung, die Arbeiterklasse zum Widerstand, zum Kampf mit allen verfügbaren Mitteln zwingen wird. Dem soll vorgebeugt werden durch Erdrosselung

und Zerschlagung der revolutionären Arbeiterorganisationen.

Es ist bezeichnend, daß die neue Kommunistenjagd ausgerichtet in dem Augenblick beginnt, wo sich die skandalöse Begünstigung und Unterstützung der nationalsozialistischen Mörderbanden durch staatliche Organe so grell offenbart, wie bei dem Fernmord in Dresden. Die Präsidentschaftsregierung für „Herstellung der Ordnung“ denkt natürlich nicht daran, gegen die faschistische Mörderorganisation vorzugehen. Im Gegenteil. So wie ein Hitler 12 Jahre lang als Ausländer ungestört seine konterrevolutionäre Agitation und seine Putschtätigkeit betreiben konnte, so befinden sich auch heute unzählige ausländische Faschisten in Deutschland. Sie können ungehindert in den Reihen der NSDAP ihre gegen die erdrückende Mehrheit der deutschen Bevölkerung gerichtete Tätigkeit ausüben. Sie sind für die herrschende Klasse und für die Schleicher-Regierung keine „listigen Ausländer“. An ihre Ausweisung wird nicht einmal gedacht. Umgekehrt, sie werden noch als Spitzel und Helfer im Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung in Deutschland benutzt.

Die ganze Arbeiterklasse muß erkennen, daß der Schlag gegen die KPD dem gesamten Proletariat gilt und daß daher ein geschlossener Abwehrkampf aller Schichten und Organisationen des Proletariats geführt werden muß.

Das Jahr der Enthüllung

Der Zeitpunkt der Jahreswende gilt von jeher als Tag des Rückblicks, als Tag der Besinnung. Gewiß ist der Ablauf eines Kalenderjahres hierzu ein nur sehr äußerlicher Anlaß. Aber das ist von untergeordneter Bedeutung; wichtig, sehr wichtig ist, daß die Arbeiterschaft jede Gelegenheit nutzt, längere Zeitabschnitte gedanklich zu ordnen, Zusammenhänge zu sehen und aus der Kette der Ereignisse zu lernen. Solche Betrachtung der Geschehnisse, solche Sich-Rechenschaft-ablegen über das Tun und Unterlassen der Vergangenheit schafft erst die Voraussetzungen für richtigeres und erfolgreicherer Handeln in der Zukunft.

Und das Jahr 1932 bietet wahrlich Stoff genug für eine derartige Betrachtung! Die Fülle der Ereignisse auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens bringt die Gefahr mit sich, daß uns jeder Ueberblick verloren geht, ja daß Wichtiges allzu rasch in Vergessenheit gerät — dieses stürmische Geschehen verlangt gebieterisch unsere ordnende, wertende, kritische Ueberschau. Diesem Thema sind verschiedene Aufsätze der heutigen Nummer gewidmet, die folgenden Zeilen versuchen, einige ganz wenige große Linien herauszuarbeiten.

In der deutschen Politik brachte das vergangene Jahr eine ganze Reihe dramatischer Zuspitzungen. Drei Kabinette — von Brüning über Papen zu Schleicher — bemühten sich so vergeblich wie krampfhaft um die kapitalistische Lösung der großen Krise. Drei Reichstage versuchten erfolglos der Macht der Generale und Ministerialdirektoren einen beachtlichen politischen Faktor entgegenzustellen. In drei großen Anläufen (bei der Reichspräsidentenwahl und zweimal bei der Regierungsbildung) scheiterte der Versuch der NSDAP, das Regierungsruder in die Hand zu bekommen. Von politisch größter Bedeutung war der 20. Juli. Nicht nur, weil er das „sozialdemokratische Bollwerk Preußen“ als eine illusionäre Machtposition demaskierte und hinwegfegte, sondern weil damit der Weimarer Verfassung der Todesstoß versetzt wurde.

Diese Ereignisse (denen man unzählige andere anreihen könnte) sind kennzeichnend für die Erschütterung aller Grundlagen der heutigen Gesellschaft. Ein Regierungssystem mit Massenbasis ist nicht zu schaffen. An der Macht bleiben die Kräfte der alten Reaktion, unter Benutzung aller Machtmittel des modernen Staates bauen sie ihre Positionen aus, schaffen sich immer neue Möglichkeiten der Massenbeherrschung, gehen unleugbar konsequent auf ihr Ziel eines neuen militaristischen, imperialistischen, von ihnen beherrschten Deutschland zu — und scheitern doch vor jeder wirtschaftlichen

Junkerfrechheit Jetzt völlige Buttereinfuhrsperre gefordert

Berlin, 29. Dezember.

CNB. Die Pressestelle des Reichslandbundes gibt ein Telegramm bekannt, das der geschäftsführende Präsident des Reichslandbundes Graf von Kalkreuth in Anbetracht des Zusammenbruches der Butterpreise an den Reichskanzler gerichtet hat. Die Butterpreise haben heute mit 95 RM. gegenüber 135,5 RM. im Dezember 1913 (e. Zentner Berliner Notierung einen neuen Rekordtiefstand erreicht. Das Telegramm erklärt, im Land herrsche allenthalben „hellste Empörung“ über den „infolge Tafellosigkeit der Reichsregierung“ erfolgten völligen Zusammenbruch der Butterpreise. Der Reichslandbund fordere schnellstes energisches Eingreifen und bis zur Herstellung geordneter Marktverhältnisse völlige Buttereinfuhrsperre. Der Reichslandbund halte sich für verpflichtet, allen Ernstes auf die ständig wachsende bedrohliche Erregung in der gesamten deutschen Landwirtschaft hinzuweisen.

*

In ihrem maßlosen Egoismus wollen natürlich die Junker nicht sehen, daß alle Zoll- und Einfuhrschränke nichts helfen, sondern das Gegenteil von dem auslösen, was angeblich damit erreicht werden soll. Die Junkerpolitik mit ihrer unverschämten Massenauspowierung und der Erdrosselung des Industrie-Exports ist es, die mit dazu beigetragen hat, daß die Masse kein Geld mehr hat, um Butter und Fett zu kaufen. Deshalb auch der Butterpreisschlag. Selbst das Zentrum muß sich gegen den Fett- und Butterwucher

wenden. Die Zentrumsfraktion kündigt einen scharfen Vorstoß gegen die Margarineverordnung im Reichstag an. „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, beschuldigt die Regierung eines Mißbrauchs der Rechte des Reichspräsidenten.

Wenn schon die Zentrumsarbeiter rebellieren und ihre Partei zu derartigem Vorgehen zwingen, ist es erst recht Pflicht der klassenbewußten Arbeiterschaft, mit den schärfsten Massenkampfmitteln gegen die unerträgliche Junkerpolitik vorzugehen.

Genossin Anna Siemsen gemäßregelt

Lehrauftrag an der Universität Jena entzogen

Weimar, 29. Dezember.

WTB. Das Thüringische Volksbildungsministerium hat Frau Dr. Siemsen den Lehrauftrag unter der Begründung entzogen, daß sie als einzige Persönlichkeit, die zur Landesuniversität Jena in Beziehung stehe, die von einer Reihe deutscher Professoren veröffentlichte Erklärung für den in Heidelberg gemäßregelten Dr. Gumbel unterschrieben habe.

Im Oktober 1923 war der Frau Oberschulrat Dr. Anna Siemsen gegen den Willen der Thüringischen Universität Jena von der damaligen Thüringischen Regierung widerruflich die Erlaubnis zur Abhaltung von erziehungswissenschaftlichen Vorlesungen an der Universität Jena erteilt worden.

Wie dazu bemerkt wird, steht dem Thüringischen Volksbildungsministerium satzungsgemäß das Recht (!) des Widerrufs einer solchen Vorlesungsberechtigung zu.

Diese Maßregelung unserer Genossin Siemsen — sie gehört seit Gründung der SAP an, wird aber im WTB und der bürgerlichen Presse fälschlicherweise als SPD-Mitglied bezeichnet — durch die Nazi-Regierung ist verständlich. Aber ihre Maßregelung von dieser Seite wirkt in den Augen der Arbeiter und aller freiheitlich denkenden Menschen nur ehrenhaft für sie. Das um so mehr, als die Maßregelung erfolgt, weil die Genossin Siemsen mütig für den von der Nazimeute zur Strecke gebrachten Professor Gumbel, den bekannten Kämpfer gegen die Faschisten-Mörder, eingetreten ist.

Die Thüringer Nazi-Regierung geht wohl gerade jetzt gegen die Genossin Siemsen vor, um ihre Verbundenheit und Seelenverwandtschaft mit den Dresdener Nazi-Fernmördern öffentlich zu bekunden. Wir wissen, daß dieser Schlag der faschistischen Reaktion die Genossin Siemsen nicht im geringsten einschüchtern kann. Im Gegenteil, sie wird den Kampf und die mit ihren scharfen Geisteswaffen geführte Aufklärung gegen die Nazipest mit verstärkter Energie weiterführen.

Unsere Genossen wie die ganze Arbeiterschaft aber müssen gegen diese Maßregelung überall und besonders in Thüringen einen Proteststurm entfachen, um die Massen zum Kampf gegen die Geistesknechtschaft der faschistischen Reaktion aufzurufen.

Nazi- Waffenschiebungen

Rotterdam, 27. Dezember.

Von der Polizei sind in den letzten Wochen in mehreren Privatwohnungen und Geschäftshäusern Waffensendungen beschlagnahmt worden, die im Einzelfalle aus 25 bis 100 Revolvern und dazu gehöriger Munition bestanden. Alle diese Sendungen stammen aus Belgien und sollten nach Annahme der Polizei nach Deutschland geschmuggelt werden.

Es handelt sich hier ganz zweifellos wieder um einen Teil der groß organisierten Waffenschiebung, die von den Nazis seit Monaten an der belgischen und holländischen Grenze betrieben und wobei vor einigen Wochen schon ein Großschieber erwischt wurde.

Die „SAZ“ ist Deine Zeitung
Drum sorg' für möglichste
Verbreitung
hast Du sie gelesen — gib
sie weiter
an jeden Hand- und Kopf-
arbeiter

Aufgabe, weil die Entwicklung der kapitalistischen Produktion dieser Rettungsversuche spottet. Und darin liegt der innere Widerspruch des Geschehens, den zu erkennen von höchster Bedeutung ist; einerseits gelingt es der herrschenden Klasse, ihre politischen Unterdrückungsmaßnahmen zu steigern und auszubauen — andererseits wird das Fundament ihrer Herrschaft immer wankender und schwankender.

Diesem Widerspruch, der sich aus der widerspruchsvollen „Ordnung“ unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens ergibt, steht

die Kapitalistenklasse notwendigerweise ohnmächtig gegenüber, während die Arbeiterklasse noch nicht die Kraft hat, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Daher wurde 1932 nicht das „Jahr der Entscheidung“, wie es in Plakaten und Wahlbroschüren so oft verkündet wurde, sondern es blieb alles in der Schwebe; die Entscheidung — Untergang in die Barbarei oder Sozialismus — steht noch aus.

Aber will der notwendige Kampf gegen die Kapitaloffensive, die geschlossene Aktion der Arbeiterklasse in der Richtung einer revolutionären Lösung ausgeblieben ist, hat die Entwicklung des kapitalistischen Niederganges und Zusammenbruchs im abgelaufenen Jahr schon einen gewaltigen Schritt auf dem Wege zur Barbarei zurückgelegt. Es ist schon ein Stück Barbarei, wenn Hunderttausende von Proletariern buchstäblich mit dem Hungertode umgehen, wenn in den Industriegebieten Schulen geschlossen werden, weil sie von den Gemeinden nicht mehr geheizt werden können und die Kinder aus Unterernährung und, weil sie nichts mehr anzuziehen haben, die Schule nicht mehr besuchen können.

Doch trotz vieler Niederlagen ist die Arbeiterklasse zwar geschwächt, aber noch nicht endgültig geschlagen. Noch stehen Millionen von Proletariern in festgefühten Massenorganisationen. Diese Ecken sind für die Arbeiterklasse tröstlich und verpflichtend. Aber wenn man sagen kann, daß 1932 ein Jahr der Rüstung an den Klassenfronten war, so darf man auch nicht übersehen, daß an der gegnerischen Front bei weitem stärker und konsequenter gerüstet worden ist. Eine Fülle von Schlägen ist in diesem Jahre auf die Arbeiterschaft niedergeprasselt — und das Schlimme ist, daß fast alles kämpf- und widerstandslos hingenommen wurde. Einzig gegen die Papensche Lohnabbauverordnung erhob sich ein spontaner Widerstand auf breiterer Basis. Das war ein sehr erfreuliches Zeichen für die Stärke der schlummernden proletarischen Kräfte, aber leider nicht mehr.

Dabei zeigt die Entwicklung außerhalb Deutschlands mit besonderer Deutlichkeit, daß das Proletariat wahrlich keine Zeit mehr zu verlieren hat. Überall wankt der Boden, auf dem die Herrschaft der Kapitalisten errichtet ist — aber überall fehlt auch noch die gesellschaftliche Kraft, die die neue Ordnung erkämpfen und schaffen könnte. Die Erschütterungen gerade in den Ländern, die bisher immerhin weniger als Deutschland von der Wirtschaftskrise getroffen wurden, haben das klar offenbart. Die blutigen Ereignisse von Genf waren ein Alarmsignal weit über die Grenzen der Schweiz hinaus; die politischen Krisen, die im Gefolge der Kriegsschuldfrage Frankreich und zahlreiche andere Staaten in Mitleidenschaft gezogen haben, beleuchten von einer besonderen Seite die Unhaltbarkeit dieses Wirtschaftssystems; die vernichtende Niederlage der bisherigen Regierungspartei in den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist ebenso kennzeichnend wie der überwältigende Stimmensieg des neuen Präsidenten, der außer einem optimistischen Lächeln und dem tiblichen Beamtenstolz nichts zu bieten vermag, weil auch ihm im Rahmen des Kapitalismus kein Weg aus der Krise offen steht.

So ließe sich Ereignis an Ereignis reihen, und jedes beweist erneut, daß bald, ohne weiteres Zögern, der Kampf aufgenommen werden muß. Auch die Vorgänge in der internationalen Politik sind alarmierend genug. Der kleine Krieg im Gran Chaco, der größere Krieg in der Mandchurei — das sind die Vorboten des ganz großen Krieges, dem wir mit unheimlichem Tempo entgegengehen. Genf hat nichts verhindert, keinen Frieden gesichert, kein Abrüstungsabkommen zustande gebracht, der fortschreitenden Militarisation nicht Einhalt geboten.

Auch hier liegt bei aller Verschiedenartigkeit, im einzelnen, etwas Gemeinsames, für das Jahr 1932 Kennzeichnendes vor: die sogenannten demokratischen Institutionen — die Parlamente, der Stimmzettel, die geschriebenen Verfassungen, der Völkerbund — haben ihre Ohnmacht im jetzigen Stadium der kapitalistischen Entwicklung, in der Niedergangsepoche des Kapitalismus, mit letzter Klarheit erwiesen. Und das ist von entscheidender Bedeutung, denn die Massen, auf die es ankommt, lernen nun einmal nur aus der Praxis der politischen Erfahrung. In diesem Sinne ist das Jahr 1932 das Jahr der Enthüllung geworden.

Die herrschende Klasse hat stets höchstes Interesse daran, die Zusammenhänge, die Ursachen und die großen Linien des gesellschaftlichen Geschehens zu verhüllen, das Kampffeld zu vernebeln. Das Lebensinteresse, der Kampf des Proletariats erfordert das Gegenteil. Darum ist es so unendlich wichtig, diese Enthüllung allen Klassen-genossen bewußt zu machen und sie zu entsprechendem politischen Handeln zu führen!

Die Massenorganisationen der deutschen Arbeiterklasse — die freien Gewerkschaften, die SPD und die KPD — haben auch 1932 und gerade 1932, gegenüber dieser Aufgabe versagt. Sie haben (aus verschiedenen Gründen, die wir heute nicht erneut darlegen wollen) die Chancen, die sich dem Proletariat boten, nicht genutzt, haben seine Kampfkraft nicht gestärkt und nicht ausgerichtet. Sie haben, statt die Enthüllungen von 1932 fruchtbar zu machen zur Bewußtseinsklärung der proletarischen Massen, neue Illusionen geweckt und der Arbeiterklasse die Wahrheit erneut zu verhüllen gesucht.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich die unveränderte große Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei, deren politische Perspektiven und politische Parolen durch die Entwicklung des vergangenen Jahres in ihrer Richtigkeit voll und ganz erhärtet worden sind. Mit der Marschroute der Prinzipienklärung und des Aktionsprogramms und mit einem funktionierenden, der dieses Jahr der Prüfung und Bewährung bewundernswert bestanden hat, setzt die SAP mit ungebrochenem Mut ihre Arbeit fort: Auch 1933 mit allen Kräften für die Herstellung der revolutionären Einheitsfront der Arbeiterklasse!

SA-Mörderbestien

Wie Hentsch ermordet wurde

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Dresden:

Die Leiche des durch seine Hitler-„Kameraden“ ermordeten Dresdener SA-Mannes Hentsch ist gestern nachmittag im Amtsgerichtsgebäude in Dippoldiswalde durch Geheimen Medizinalrat Dr. Kockel, sezert worden. Es steht fest, daß Hentsch entsetzliche Qualen erlitten haben muß. In der Brust gegen die Leiche eine breite Schußwunde auf, die darauf schließen läßt, daß Hentsch aus unmittelbarer Nähe abgeschossen worden ist. An den Beinen und ebenso an den Händen ist Hentsch gefesselt.

Die Stricke schnelden trotz der Uniform und der Leinwandverpackung tief in das Fleisch hinein. Die Hände sind gekrampft, auch das Gesicht ist furchtbar verzerrt, woraus zu entnehmen ist,

daß Hentsch einen geradezu entsetzlichen Todeskampf auszustehen hatte.

Da an sich ein Schuß genügt hätte, läßt die Fesselung darauf schließen, daß Hentsch vor der Ermordung geknebelt und dann in vollständig wehrlosem Zustande abgeschossen worden ist.

Dadurch erscheint die Tat der Dresdener

Hitler-Leute — die drei flüchtigen Täter werden noch heute in den Listen der Dresdener SA als Mitglieder gezählt; auch Hitler hat noch nicht ihre Ausstoßung aus der SA angeordnet — ganz besonders feig und grausam.

Zur Charakterisierung des Mordbuben Schenk ist ferner wichtig, daß dieser aus der Reichswehr hervorgegangen ist.

Mörderparadies Italien

Sachsen-Regierung verlangt Auslieferung

Berlin, 30. Dezember.

CNB. Wie die Vossische Zeitung aus Dresden berichtet, hat die sächsische Regierung bei der Reichsregierung beantragt, in der Mordangelegenheit des SA-Mannes Hentsch, einen Auslieferungsantrag bei der italienischen Regierung gegen die drei nach Italien geflohenen Mörder des Hentsch zu stellen.

Dieser Akt der sächsischen Regierung, der außerdem wenig Aussicht auf Erfolg hat, entschuldigt nicht im geringsten den unglaublichen Polizeiskandal in dieser Mord-Affaire. Da man erst alles getan hat, um die Täter entschlepfen zu lassen, kann man in dem Auslieferungsantrag nur eine Formalität erblicken.

Wohnungen stehen leer!

Aber Proleten hausen in Elendsbaracken

D. d. Wenn man heute die zahlreichen Wohnungsanzeigen in den Zeitungen sieht, könnte man meinen, daß das Kapitel Wohnungsnot in Deutschland der Vergangenheit angehört. Mehr Wohnungsangebote als Nachfrage; es ist hier das gleiche wie auf den Produktmärkten; Ueberangebot auf Ueberangebot, aber keiner kann kaufen, kann mieten. Die Mietspreise bleiben hoch, lieber läßt man die Wohnungen leer stehen, als daß man sie zu geringeren Preisen abgibt. Keineswegs sind es nur die sogenannten Herrschaftsviertel, wo fast jedes zehnte Haus ein Schild trägt: „Zu vermieten“, „Zu verkaufen“. Auch in den Proletenstraßen ist es eine alltägliche Erscheinung geworden, daß serienweise leer stehende Wohnungen vorhanden sind. Infolge Erwerbslosigkeit oder fortgesetztem Lohnraub sind nur noch wenige in der Lage, ihre Wohnung zu halten. Man setzt sich „kleiner“, oder, wenn man sich dem Widerstand kapitalistischer Wohnungswirtschaft nicht freiwillig fügt, flüchten Räumungsklagen ins Haus hinein. Exmittierungen sind an der Tagesordnung.

Siedlungsgesellschaften, die vor Jahren wie aus der Erde gestampft wurden, melden massenweise Konkurs an, da sie sich infolge fluchtartige Auszüge ihrer Mieter nicht mehr halten. So meldete eine Siedlungsgesellschaft einer westdeutschen Industriestadt, daß seit August dieses Jahres bei 5000 Siedlungswohnungen nicht weniger als 700 Umzüge zu verzeichnen waren. Dieselbe Gesellschaft schreibt:

„Räumungsklagen haben wir am laufenden Band!“

In den fünf letzten Monaten registrierte sie allein 600 solcher Räumungsklagen, wovon also durchschnittlich auf jeden Monat 120 Klagen entfallen.

Bei der wucherartig hohen Preisforderung stehen die kommunalen Wohnungsbesitzer den Privatbesitzern in nichts nach. Ein Beispiel dafür gibt die „Mieterinteressengemeinschaft von Wuppertal“, die bekanntgibt, daß in Wuppertal 158 städtische Wohnungen mit 639 Zimmern und 50 Speicherräumen leer stehen. Diese Wohnungen wären sofort zu vermieten, wenn die Stadt von ihren unverhältnismäßig hohen Preisen abließe. Die Interessengemeinschaft machte ein Angebot, das der Stadt jährlich eine Mieteinnahme von 55 000 Mark einbringen würde. Die Stadt allerdings hält es für richtiger, den Preis aufrechtzuerhalten und

die Wohnungen leer stehen zu lassen. — Von Berlin wird bekannt, daß dort insgesamt 30 000 Wohnungen leer stehen; im Verhältnis dazu gebracht, läßt sich das gleiche Bild auf alle anderen deutschen Städte übertragen.

Die Kehrseite dieser katastrophalen Wohnungswirtschaft sieht folgendermaßen aus. In Gelsenkirchen sind 563 Exmittierte in 129 Zimmern zusammengepfercht. Eine Umfrage hat ergeben, daß von 104 Familien

1 Familie mit 11 Personen auf 2 Zimmer
2 Familien „ 10 „ „ 2 „
3 „ „ 9 „ „ 2 „
3 „ „ 8 „ „ 2 „
5 „ „ 7 „ „ 2 „
12 „ „ 7 „ „ 1 „
4 „ „ 6 „ „ 2 „
12 „ „ 6 „ „ 1 „
26 „ „ 5 „ „ 1 „

kommen. Die Stadt Essen verfügt über die gleiche grauenvolle Statistik.

Hier sind 468 Personen, davon 259 Kinder unter 14 Jahren, in 131 Zimmern untergebracht.

Alein 36 Familien mit 6 bis 11 Personen leben in 1 bis 2 Räumen. Für 22 Familien mit 3 Personen steht ebenfalls nur 1 Zimmer zur Verfügung.

Die sogenannten Wohnungsverhältnisse in Essen wie in Gelsenkirchen spotten jeder Beschreibung. Die Wohnungen sind nicht etwa abgeschlossen, sondern sind vielfach durch spanische Wände voneinander getrennt, Undichte Türen und Steinböden machen das Heizen vollständig illusorisch. Die Zimmer selbst sind vielfach in total verfallenen Zustand und so feucht, daß das Wasser an den Wänden herunterläuft. Die „Notwohnungen“ in Essen sind Baracken, die seit dem Kriege nicht mehr benutzt worden, während des Krieges waren in den Holzbaracken Syphiliskranke untergebracht. Da die Familien nicht in der Lage sind, hohe Lichtrechnungen zu bezahlen, ist die Stadt dazu übergegangen, die elektrischen Lichtleitungen abzuschneiden. Ungeziefer und Rattenplage nehmen überhand. Unheilbare Krankheiten haben sich in die Wohnhöhlen eingeschlichen, von denen gerade die Kinder am meisten betroffen werden.

Hungernde Millionen, frierende Millionen, Obdachlose zu Tausenden, das ist das ständig gleichbleibende Ergebnis verbrecherischer Kapitalistenherrschaft.

Auslands-Rundschau

Japanische Kriegsrüstungen

London, 29. Dezember.

WTB. Times meldet aus Tokio: Das Kriegsministerium hat seine Pläne über die Modernisierung der japanischen Armee veröffentlicht. Alljährlich sollen 100 000 Offiziere und Mannschaften aus allen Regimentern in der Handhabung mechanischer Waffen besonders ausgebildet werden. Das Flieger- und das Tankkorps werden verstärkt und zahlreiche Kadetten neu eingestellt werden. Ferner wird Vorsorge für die Ausbildung freiwilliger Reserveoffiziere mit kurzer Dienstzeit getroffen. Die Zahl der Unteroffiziere soll erhöht und ihre Ausbildung verbessert werden. Der Unterricht in der Gasabwehr soll gefördert werden. In der Mandchurei plant man die Stärke der japanischen Divisionen dadurch zu erhöhen, daß der größte Teil ihrer Stammtruppen von Japan nach der Mandchurei verlegt wird. Außerdem werden weitere Panzerwagen-, Flieger- und Maschinengewehrabteilungen nach der Mandchurei geschickt werden. Damit sollen die japanischen Truppen in der Mandchurei während der nächsten zwei Jahre auf 65 000 Mann erhöht werden.

Unabhängigkeit der Philippinen

Washington, 29. Dezember.

WTB. Das Repräsentantenhaus nahm den Gesetzentwurf über die Unabhängigkeit der Philippinen an, über dessen Formulierung sich beide Häuser in einer gemeinsamen Sitzung geeinigt haben. Das Gesetz sieht bekanntlich vor, daß die Philippinen in zehn Jahren ihre Unabhängigkeit erlangen. Das Gesetz liegt jetzt dem Präsidenten zur Unterszeichnung vor.

Belgische Zollerhöhungen

Im Rahmen der neuen Verbrauchssteuern, die mit insgesamt 550 Millionen Francs zum Ausgleich des Budgets von 1933 beitragen sollen, werden auch die Einfuhrzölle erhöht werden. Der heutige Ministerrat hat die neuen Sätze festgelegt. Ihre Veröffentlichung wird aber, um Spekulationen zu verhüten, bis zur Verkündung der Verordnung verschoben. Betroffen wird insbesondere die Einfuhr von Alkohol, Bier, Kaffee, Zucker, Tabakwaren, Benzin und Streichhölzern.

Goldland ohne Goldwährung

Aufhebung der Goldwährung in Südafrika

Pretoria, 28. Dezember.

WTB. Eine Proklamation des Generalgouverneurs bestätigt, daß die südafrikanischen Banknoten an den öffentlichen Kassen nicht mehr in Gold eingewechselt werden brauchen und daß Zahlungen mit Banknoten in allen Fällen und für alle Zwecke als gesetzlich zu betrachten sind.

Die durch die Aufhebung der Goldeinlösungspflicht geschaffenen Währungsverhältnisse werden von amtlicher Seite als „reglementierte Goldwährung unter Wegfall des inneren Goldlaufes“ bezeichnet.

Kapstadt, 28. Dezember.

WTB. In einem Interview mit dem Reitervertreter erklärte Finanzminister H. W. G. A. Südafrika sei de facto vom Goldstandard abgegangen; die Banken müßten die Währung auf Grund der neuen Basis bewerten. Das Regierungsorgan „Our Vindland“ schreibt: Wir befinden uns in derselben Lage, wie England im September 1931.

Es kennzeichnet die Tiefe der kapitalistischen Krise, daß das südafrikanische Dominion des englischen Imperiums, das größte Goldland der Welt, die Goldwährung aufgeben muß.

FAD auch in Polen

„An deutschem Weesen wird die Welt genesen.“

Kattowitz, 29. Dezember.

ON. Die Wojewodschafts- und Kreisbehörden in Ostpolen beschließen, den freiwilligen Arbeitsdienst nach deutschem Muster einzuführen, um die großen Massen der Erwerbslosen, insbesondere der Jugendlichen, zu beschäftigen. Es sollen in erster Linie Wegebauten durchgeführt werden. Die Mittel sollen aus dem Arbeitslosenhilfsfonds genommen werden, die Baumaterialien sollen von den Wojewodschafts- und Kreisbehörden geliefert werden. Die Kosten sollen 250 Zloty pro Tag betragen. Es besteht bereits ein Arbeitslager von 113 Mann in Daruschowitz bei Rybnik, das sich sehr bewährt hat.

Man sieht, die deutsche faschistische Reaktion kann selbst der polnischen als Muster dienen.

Massenverhaftungen von Ukrainern

Warschau, 29. Dezember.

CNB. Aus Ostgalizien werden Massenverhaftungen von Ukrainern gemeldet. In Lemberg, Wnyki, Tarnopol, Stanislaw, Brzezany und im ostgalizischen Petroleumgebiet sind Angehörige der ukrainischen gebildeten Kreise, darunter auch sehr viele Studenten, festgenommen worden. In Wnyki wurden u. a. ein Prälat und in Stanislaw die Gründerin des ukrainischen Bundes verhaftet. Die polnischen Regierungszeitungen versuchen, die Verhaftungen als unbedeutende Polizeiaktion hinzustellen.

Revision

gegen das Felsenack-Urteil

Berlin, 28. Dezember.

CNB. Die Verteidigung hat gegen das Felsenack-Urteil, durch das das Verfahren in den meisten Fällen eingestellt worden ist, Revision eingelegt, und zwar hinsichtlich der Verurteilung der beiden Kommunisten Becker und Schön zu je sechs Monaten Gefängnis wegen Fahrraddiebstahls. Voraussetzungen für die Revisionsbegründung darauf hingewiesen werden, daß die Angeklagten in ihrer Verteidigung durch den Ausschluß des Rechtsanwalts Litzen beschränkt gewesen seien, sodas sich das Reichsgericht noch einmal mit dem Ausschluß des Rechtsanwalts aus dem Felsenack-Verfahren zu befassen haben wird.

Kleine Nachrichten

Bürgermeister unterschlägt Gelder.

Helferskirchen (Westerw.), 28. Dezember.

Bei einer Untersuchung des zuständigen Arbeitsamtes wurde festgestellt, daß der hiesige Bürgermeister sowohl Beträge für nichtgeleistete Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst in Anrechnung als auch bestimmungsgemäß an Festtagen auszuzahlende Gelder nicht zur Verteilung gebracht hat. Der Bürgermeister mußte seinen Posten niederlegen und ist zur Anzeige gebracht worden.

SPD-Pfarrer gemahregelt

Weimar, 29. Dezember.

CNB. Wie die Thüringische Evangelische Pressekonferenz mitteilt, ist der Pfarrer v. Wolf in Meuselwitz, weil er sich in zahlreichen sozialdemokratischen Versammlungen betätigt hat, nach Blankenhain in Thüringen strafversetzt worden. Er hat nunmehr erklärt, daß er aus dem thüringischen Kirchendienst ausscheiden werde.

Ende des Dockarbeiterstreiks in Le Havre

Paris, 29. Dezember.

Die Dockarbeiter von Le Havre haben nach längerem Streik beschlossen, heute morgen zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Mutter

Eingebrannte Härte zeigt dieses Gesicht. Hager und getadelt, immer sauber gekleidet, wenn sie außer dem Hause ist, einen Hut auf dem Kopf, energisch und zurückhaltend im Gesichtsausdruck, wenn sie nicht gerade in Wut aufflammt, so steht diese Frau vor uns.

Sie hat vier lebende Kinder, vier Knaben zur Welt gebracht. Vierzehn Fehlgeburten hat sie außerdem erlitten.

Frau Körner stammt aus Berlin. Ihr Mann kam aus dem Ruhrgebiet. Als junger Metallarbeiter war er nach Berlin gekommen; er wollte sich die Welt ansehen. Bei einer Geburtstagsfeier lernte er ein Mädchen kennen. Sie war schlau, hart anzusehen, ernst. Er langte mit ihr, er versuchte sie zu verführen; sie blaffte ihn hart an, gerade das gefiel ihm. Er selbst war ein jah-zorniger, leicht auffahrender Bursch, kräftig und primitiv. Oeriet er in Wut, demolierte er alles, was in seiner Reichweite sich be-fand. Einer seiner Brüder, Bergmann in Essen, mußte als Tobsüchtiger in eine An-stalt gebracht werden. Körner warb um das abweisende Mädchen. Er warb mit Ingrim-m, verbissen warb er um sie. Er hatte sie lieber geschlagen, aber er ließ es sein. Wenn sie erst meine Frau ist, dachte er, werde ich es ihr schon zeigen. Sie wurde seine Frau. Er arbeitete in Berlin, es war vor dem Krieg, die Arbeit wurde schlecht bezahlt, aber er konnte leben. Er war von heftig sinnlichem Temperament, die Frau war absolut kalt, wie man zu sagen pflegt. Eine Fehlgeburt kam nach der anderen. Die Frau lebte als Ehe-frau, sie versorgte den kleinen Haushalt, der Mann hatte immer das Gefühl, ich könne sie überhaupt nicht, die muß noch etwas anderes machen, als das, was mir bekannt ist. Die Frau versorgte den Haushalt musterhaft, sie hatte das Gefühl, was ich zu tun habe, ist eigentlich ein Dreck, ich könnte auch etwas Besseres tun, aber jetzt ist es zu spät dazu. Fehlgeburt folgte auf Fehlgeburt; die Frau frag diese Leiden verbissen, der Mann lebte neben ihr, sie neben ihm, beide hatten ein eigenes Leben, ohne ein eigentliches Leben zu haben. Früh ging der Mann in die Fabrik, abends kehrte er zurück. Früh begann die Frau, ihren Haushalt zu versorgen, abends hörte sie auf damit. Früh wechselten sie einige wenige Worte, abends wechselten sie einige wenige Worte. Ueberkam den Mann die Begierde, griff er wortlos nach der Frau, die im anderen Bett schlief, wälzte sich wortlos über sie, erledigte wortlos, was zu erledigen war, kroch wortlos in sein Bett, schlief wortlos ein. Wenn die Frau schwang wurde, wechselten sie keine Worte dar-über. Wenn es wieder eine Fehlgeburt gab, sprachen sie kaum darüber. Das war das Leben vor dem Krieg.

Im Jahre 1912 gebar die Frau einen lebendigen Knaben. Der Haushalt war komplizierter, beschwerlicher geworden, am Verhältnis von Mann und Frau änderte sich nichts. Kurz vor dem Ausbruch des Krieges gebar die Frau einen zweiten Knaben. Der Haushalt wurde noch komplizierter, noch beschwerlicher. Der Krieg brachte eine gründliche Änderung des Verhältnisses von Mann und Frau. Der Mann wurde eingezogen, die Frau blieb allein, sie hatte den Haushalt und die zwei kleinen Kinder zu versorgen, sie war auf sich allein gestellt. Die seltenen Urlaubsbesuche des Mannes waren Episoden, deren Bedeutung für die Frau gering waren. Eine solche Episode wurde Ursache einer neuerlichen Fehlgeburt.

Während des Krieges nahm die Frau Ar-

beit in einer Metallfabrik. Sie arbeitete dort ebenso präzise, wie in ihrem Haushalt. Sie arbeitete im Haushalt ebenso präzise, wie in der Fabrik. Sie arbeitete außerhalb des Hauses ebenso präzise, wie in Haus und Fabrik. Denn die Arbeit außerhalb des Hauses war wichtig genug. Sollten die kleinen Kinder nicht verhungern, so mußte vieles auf Schleichwegen gesucht und gefunden werden. Nahrungsmittel, Kleidung, Schuhe, Seife, jedes Stück, das man zum täglichen Leben brauchte, mußte aus einem Versteck hervorgezaubert werden. Die Frau zauberte es hervor. Die Kinder hungerten nicht. Die Wohnung war sauber. Die Kinder waren ge-waschen, sie hatten ganze Schuhe an, die Kleidung war in Ordnung. Die Frau sorgte für alles, sie leistete, was zu leisten war. Sie liebte sich auf dabei. Immerhin war die Verpflegung der Gesamtbevölkerung mün-derwertig und mangelhaft. Immerhin wird ein Organismus überangestrengt, dem man neben harter Fabrikarbeit noch die Arbeit des Spürens und des Stobrens nach Einkaufs-quellen auferlegt, von dem man die Versor-gung des Haushalts mit zwei kleinen Kindern verlangt, der alles das jahrelang leistet. Die Frau erledigte das Pensum, das sie sich selbst zugeleitet hatte, aber es wurde immer schwerer. Einige Male war sie fast zusam-mengebrochen, nicht körperlich, denn das er-laube sie sich nicht; ihre Nerven hielten nicht ganz stand, sie fürchtete, in wenigen Tagen keine Nahrungsmittel mehr für die Kinder zu haben. Sie dachte nach, scharf dachte sie nach und ohne Sentimentalität, was sie tun konnte, um der Katastrophe auszuweichen. Auf den Mann war nicht zu rechnen. Er schrieb, selten genug, eine inhaltslose Karte aus dem Feld; lag irgendwo an einem un-komplizierten Frontabschnitt, konnte nicht helfen. Einige Male ging die Frau auf die Straße, um sich einen Mann zu fischen, der zahlen konnte. Sie hatte scharf überlegt, sie fand keinen anderen Weg. Einige Male gelang der Fischzug. Das, was den betreffenden Mann dabei interessierte, ging die Frau nichts an. Sie suchte Fleischkarten, Brot-karten, Mildskarten, bares Geld. Einige Male bekam sie, was sie suchte, einmal wurde sie von dem Mann geprellt. Sie prostituierte sich nur ganz selten, vollkommen rational und ausschließlich, um den Standard aufrecht zu erhalten, den sie für die Kinder halten wollte.

Nach dem Krieg kehrte der Mann zurück. Die Frau gab selbständige Arbeit nicht auf. Sie nähte als Heimarbeiterin Mäntel für einen Zwischenmeister der Konfektion. Die Arbeit wurde elend bezahlt, aber die Frau blieb selbständig. Der Mann hatte zeitweilig

Arbeit, zeitweilig war er ohne Arbeit. Das Verhältnis zur Frau war schlechter als vor dem Krieg. Er sah es mit Wut, daß sie auf eigenen Füßen stand. Er hatte früher nicht gesehen, daß es schon immer so gewesen, denn früher hatte er das Geld für den Haus-halt verdient, jetzt verdiente es teilweise nur die Frau. Und nebenbei erledigte sie den Haushalt, präzise und ausreichend wie immer; nebenbei absolvierte sie noch einige Fehlgeburten, nebenbei gebar sie noch einen Knaben. Sie gebar ihn durch Kaiserschnitt — nebenbei. Der Mann begann in einer seiner arbeitslosen Perioden zu trinken. Kehrte er sinnlos betrunken nach Hause zu-rück, so begann er stumm zu randalieren. Stumm warf er Gesäure auf den Boden oder an die Wand, stumm zertrte er die Frau bei den Haaren aus dem Bett und schlug sie mit Fausten und Füßen. Stumm wehrte sich die Frau und schlug zurück. Sie schlug stark und geschickt, und stumm würgte der Mann den Schmerz hinunter und schlug stumm weiter. Stumm legten sich beide schlafen, wenn der Mann sich ausgelebt hatte, stumm sahen die beiden älteren Knaben diese nächtlichen Szenen, häufiger als die Eltern es ahnten.

Im Jahre 1922 gebar die Frau ihr letztes Kind, wieder einen Knaben. Im gleichen Jahre ließ sie sich scheiden. Da Trunksucht und Gewalttätigkeit des Mannes leicht nach-zuweisen waren, wurde die Ehe verhältnis-mäßig leicht getrennt. Die Mutter blieb jetzt allein, mit vier Kindern, von denen das eine noch kein Jahr alt war.

Eine Frau mit vier Kindern in der Zeit der Inflation. Heimarbeit, Konfektionsmäntel und schwindendes Geld. Wieder das Jagen nach Nahrungsmitteln, für vier Kinder, wieder das Suchen nach heimlichen Quellen, für vier Kinder. Der Haushalt war an Personen größer, an Umfang geringer geworden. Eine einzige Koststube für sechs Personen. Der Haushalt funktionierte trotzdem. Die Kinder verhungerten nicht. Auch die Frau ver-hungerte nicht, sie überanstrengte sich nur. Sie war nach wie vor hager, schmächtig, sie sah nicht alt aus und nicht jung, sie kleidete sich nach wie vor sauber und sogar ungefähr modisch, aber der Körper funktionierte nicht mehr, wie sie es von ihm verlangte. Die Kinder lebten, die Frau lebte, niemand ver-hungerte, niemand verkam, das war eine ge-waltige Leistung. Die Frau frag Zeitungen aus, sie machte die Arbeit einer Aufwartefrau, sie verdiente auf alle nur erreichbaren Arten Geld. Es reichte nie, aber sie hielt den Haushalt aufrecht; es war ein verbissener Kampf ums Dasein, und sie siegte zunächst.

Direktion kuscht vor nationalem Pöbel

Vor einigen Tagen wurde im „Deutschen Theater“ in Berlin das Schauspiel „Gott, Kaiser und Bauer“ von Julius Hay, das in Breslau unter dem Titel „Sigismund“ gespielt wurde, aufgeführt. Während der Premiere randallierte auf der Galerie nationaler Pöbel, denen das Stück — die historische Wahrheit können diese Leuten eben nicht vertragen — nicht behagte.

Jetzt kuscht die Intendanz vor diesen Radaubrüdern einer Wolfsmelung zufolge: „Wegen der Ablehnung, die das Schauspiel „Gott, Kaiser und Bauer“ von Julius Hay im Deutschen Theater bei einem großen Teil des Publikums gefunden hat und wegen der daraus erfolgenden Störungen hat die Direktion des Deutschen Theaters nach einer Besprechung

im Polizeipräsidium auf die weitere Aufführung des Stückes verzichtet. Das Deutsche Theater bleibt daher vorläufig geschlossen.“

Und das, obgleich der Polizeipräsident ursprünglich jeden, aber auch jeden Schutz gegen eventuell einsetzende Störungen zugesagt hatte.

Die Störungen waren zu erwarten, da die nationalsozialistische Presse offen gegen das Stück gehetzt und zu Gewalttätigkeiten aufgefordert hat. Es kommt dazu, daß in die Front der Ablehnung sich auch das Zentrum gesellt hat, da gerade über die katholische Kirche und die Päpstlichkeit nicht gerade sehr freundliche Worte gesprochen werden.

Dieser Schritt der Direktion des „Deutschen Theaters“ zeigt die schlotternde Angst vor dem nationalsozialistischen Pöbel und der katholischen Kirche, zeigt, wie wenig selbst das Bürgertum die ihm noch gebliebenen Kulturgüter zu verteidigen gewillt ist.

Zwecklose Straße

Von Ernst Hübner

Eingezwängt in die steinerne Mauer, Schmutziggang und ziegelrot. Liegt am Rande der Stadt eine Straße unbeweglich, starr und tot.

Fensterläden, beschlagen mit Nieten, Wehren ab Licht, Luft und Laut. Verwittert und verkümmert sie grell: „Zu vernichten“ Stille und Leere zusammengestaut ...

Nach wie vor in den bleiernen Himmel Reckt den langen Hals der Schlot. Denkt an verklümmertes Arbeitsgewimmel Und an seinen jähren Tod.

Wenn ich sie schweigsam — verlegen verlasse, Schleich ich schüchtern, still hinweg: Vorwärtsvoll grinsend verfolgt mich die Straße: „Nun hab ich wirklich gar keinen Zweck!“ ...



„Deutsche Kinderbibel“, von Ruth Fischer und Dr. Franz Heilmann. Rowohlt-Verlag, Berlin W. 50

Ruth Fischer und Dr. Franz Heilmann, beides keine Unbekannten in der Berliner Lektüre, haben sich der Mühe unterzogen, ihre jahrelangen Erfahrungen zu einem sehr wirkungsvollen und lesenswerten Buch zu verarbeiten.

Aus trockenen Zahlen, verstaubten Akten, sowie sozialem und medizinischem Material haben die Verfasser eine auferst anklagen-de Schrift geschaffen, deren einzelne Kapitel, wie Kinderelend, Tuberkulose, Unterernährung, Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, sich abrunden zu einem grausigen Bild des durch die kapitalistische Krise geschaffenen sozialen und kulturellen Niveaus der deutschen Arbeiterklasse.

Insbesondere wird dem Leser gezeigt, wie mühen unter uns eine Generation heran-wächst, deren Leben schon verpfuscht ist, kaum da es begonnen hat. Es wird mit Recht vermerkt, Armut und Elend als be-sonderes Großstadtergebnis vor Augen zu führen. Gerade die vom flachen Lande ge-gewebenen Darstellungen der vollkommenen Verelendung ganzer Volksschichten verweist auf die allgemeinen Ursachen dieser Er-scheinung.

Schon jetzt kann man sagen, daß der Kap-italismus in jeder Beziehung auf dem Marsche in die Barbarei ist. Ob es die deutsche Arbeiterschaft fertig bringt, sich vor dem Hinabsinken in vollkommene Pau-perisierung zu retten, hängt in erster Linie von dem Einsatz ihrer politischen Kraft ab. Jetzt wendet sie jedoch nicht eine ver-zweifelte Energie zur bloßen Abwehr auf. Mit erfrischendem Optimismus zeigen die Verfasser in ihrem Buche auf, welche riesi-gen Möglichkeiten der Klasse als Ganzes zur Abwendung der ihr drohenden lumpen-proletarischen Dauerexistenz noch offen stehen. Auch sind die für die Darstellung gewählten Beispiele durchaus keine „sensati-onellen“ Einzelfälle, sondern typisch all-gemeine.

Alles in allem ist das Buch Ruth Fischers und Dr. Heilmanns ein auf-rüttelnder Kampf gegen den weiteren so-zialen Abstieg der deutschen Arbeiterklasse. Entweder Kampf um den Sozialismus oder aber Verschärfung der kapitalistischen Bar-barei, deren Kennworte die Verfasser mit „Alu, Krise, Stempeln, Wohlfahrt, Hunger“ bezeichnen. Wh.

Werbt Abonnenten!



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

47

An diesem Abend war der Himmel näher und verständlicher als die Erde: er war durch und durch mit Sternen bespritzt. Von meiner Jugend an begleitete er mich mit seinen mir bekannten Gestirnen: das ist der Orion, die Kassiopeja, der scharfe Winkel des Stiers mit den Zwillingen. Dort ist Sternenswirbel, Schneegestöber, junges, frisches, perlmutt-ernes Eis. Der Herbsthimmel ist reich an Sternen: sie erblühen dort wie ein Frühlingsgarten.

Im lodernen Nebel vor dem Klub stehen ganze Reihen von Männern und Frauen. Sie drängen sich zur Tür: ein Pfropfen hat sich dort gebildet, und die Menschen dampfen vor Anstrengung, hineinzukommen. Aus dem Dunkel kommen immer neue, vom Licht ange-lockte Massen. Diese Menschen bemerken mich nicht: ich bin nur eine aus der Masse und unterscheide mich nicht von ihnen, weder in der Kleidung, noch im Äußeren, noch in der Kraft, noch in der Begabung. Ich bin eine Arbeiterin, die täglich eine der vielfältigen sozialen Arbeiten verrichtet, die ihr auferlegt wurden. Und als ich mich, zusammen mit den anderen, durch die Menschenmassen zwängte, wurde ich ebenso gedrückt und gepreßt, ebenso wie die anderen wurde ich in den Saal gezwängt und ebenso wie sie schrie ich vor Schmerz, stieß mit den Schultern, mit den Hüften die mich bedrängenden Körper. Diese Körper waren straff von Jugend, schwammig von mütterlicher Reife und starkknöchig und schwer von jahrelanger Arbeit. Härte kitzelten die

Wange und heißer Atem überströmte schwül das Gesicht. Wir, die Jugend, waren ge-schickt und schmiegsam, mit Mädchenlachen und Kreischen, mit dem übermütigen Gebrüll der Burschen buhten wir uns kampflustig unseren Weg.

Im geräumigen Saal mit der hohen Decke und den glänzenden Wänden wogte im trüben Petroleumlicht in dichten Reihen eine Men-schenmasse. Der ganze Saal wirbelte im Kampf um einen Platz, war voll Bewegung und Geschäftigkeit, voller Ungeduld erregter Neugierde und vol- körperlichen Drängens in der Richtung der Bühne, wo sich schon die Spitzen der leitenden Organe versammelt hatten. Die Luft schwül, feucht, unsauber, wie in einem Waggon, war gesättigt von Un-ruhe, von Erwartungen und Vorahnungen, wirbelte von Schreien, Lachen, Stempeln, Diskussionen und Bankgeknarre. Die Wände zitterten vom Lärmen und Dröhnen, die Luft heulte wie riesengroße Ventilatoren, schlug wie ein Sturmwind gegen die Wände, und Flammen zuckten aus den Lampen. Das Pe-troleumlicht rußte und flackerte. Die Jugend lachte, hetzte, drängte, kreischte, schrie ein-ander zu. Irgendwo in der Mitte des Saales begann man leise, mit schüchternem Mut, ein Lied zu singen. Man zischte, schrie, winkte in der Richtung der Stimme abwehrend mit den Händen. Dieser Protest rief freche Schreie hervor, und keck und vielstimmig schwang sich das Lied in die Luft. Ich spürte, trotzdem ich die Singenden nicht sah, wie die Gesichter dieser jungen Menschen vor Uebermut und Herausforderung lachen. Das waren die Jung-kommunisten mit Tischka und Pawlo an der Spitze, die sich so frech benahmen. Sie zogen mich in ihre Mitte und wir überfluteten die in dichten Reihen zusammengedrängten Men-schen mit unseren Liedern.

Die Frauen waren vor Erregung rot, ihre Augen glänzten vor freudiger Erwartung. Sie steckten die Köpfe zusammen und klatschten augenscheinlich über Wjetrow und Anissja Matwejewna. Die Schultern der Männer wuchsen ineinander, auch sie unterhielten sich angeregt. Worüber? Ich brauchte diesen Gesprächen gar nicht zuzuhören:

dieser Abend war für sie nur eine Explosion jener Ereignisse ihres Lebens, jener Details ihres Alltags, wo die Gewohnheiten ihres ver-gangenen Lebens und die neuen Tage sich verflochten und brachen. Da waren Frauen, die Wjetrows Frau bemitleideten und mit ihr fühlten und solche, die sich über deren Un-glück freuten. Mein Blick fiel zufällig auf die Schischkowa: ein böser Triumph verdunkelte ihre Augen. Und ich erinnerte mich, wie die Schischkowa mir noch im vorigen Jahr ihr kleines Mädchen in den Kindergarten brachte und es mir vor die Füße warf. Ich vergesse niemals ihr Gesicht, rachedurstig sah sie mich an, und auf ihren schmalen Lippen stand gelber, klebriger Schaum.

„Da hast du ... Vom Herzen hab ich sie mir gerissen ... Ersticken sollt ihr alle! Wie eine arme Sünderin lebe ich hier, nun nehmt ihr auch mein Kind ... Man kriecht hier sowieso ...“

Und als dann später das kleine Mädchen von zu Hause fort wollte, weinte, sich nach den anderen Kindern sehnte, nach den ge-meinsamen Spielen, nach Natascha, nach mir, wurde es von der Schischkowa geschlagen und diese kam wutentbrannt und aufgeregt zu mir:

„Ihr habt das Kind verhext ... Es will von der Mutter nichts wissen ... Wollt ihr es mir am Ende ganz rauben?“

Erst unlängst, eines Abends kam sie, um das Kind abzuholen. Gerührt und schuld-bewußt begann sie plötzlich mit bitteren Tränen zu weinen.

„Was hast du, Schischkowa? Hast du irgendeinen Kummer? Sag, Liebste, vielleicht können wir dir mit gemeinsamen Kräften helfen. Du stehst doch nicht allein da.“

Sie erstuckte in Tränen und ließ auch ihre Worte in Tränen ertrinken.

„Ach, Liebste! ... Aeger als im Zuchthaus hab ich gelebt ... Gottes Licht bekam ich nicht zu sehen ... Gegen die ganze Welt wurde ich erbittert ... Sei mir nicht böse ... Kein schlechtes Wort hörte ich von dir ... auf die Knie möcht ich vor dir fallen ... ich bin durch das Kind erst zu einem Menschen geworden ...“

Und ich begriff erst jetzt, daß ihre rache-durstigen Augen den unversöhnlichen Haß zur Vergangenheit, das Verfluchen des gestrigen, dumpfen, verstümmelten Lebens bedeuten.

Das Lied hatte inzwischen schon die Jugend angefeuert. Es überflutete den Saal und brüllte siegesbewußt, ohrenbetäubend, kampflustig.

Ach, mein Kopf ist noch wirr, Ich koche einen Tee, Ich zerbrach bloß das Geschirr, Sonst tat ich mir nicht weh.

Die Köpfe wendeten sich jetzt dem Herd des jugendlichen Triumphes zu und die Ge-sichter blühten unter dem Sturm anderer Chöre auf. Die Jugend riß den ganzen Saal mit: sie schuf ihren eigenen Rhythmus, sie unterordnete sich gebieterisch alle diese Menschen, die auf den Bänken dicht zusam-mengedrängt saßen. Sie war hier Herr, sie organisierte unbewußt eine Demonstration gegen bäuerliche Vorurteile, sie verkündete mit ihrem einmütigen Aufschwung im Vor-hinein den Ausgang dieses Abends. Und die übermütigen Worte schienen mit Absicht die strenge Gespanntheit zu verhöhnern:

Mich beläst keine Laus, Ich bin der Herr im Haus, Zehn Gurken es ich auf, Mein Magen hält's schon aus.

Das Gericht über die Wjetrowa

Hinter dem mit lodernem roten Stoff bedeckten Tisch erschien die Tschuschkina und ließ laut ein Glöckchen trillern. Das Lied antwortete dem Glöckchen mit noch über-mütigerem Aufjauchzen, das Lied nahm vom Glöckchen nicht Notiz. Das Glöckchen mußte hoch gehoben (die Stimme der Tschuschkina war nicht zu hören), voller Kraft geschwungen werden, damit das Lied sich in Lachen auflöse und vom Stimmengewirr des Saales auf-gesogen werde.

„Genossen, jetzt kommt eine traurige Sache ... eine allen bekannte Sache.“

Jemand rief aus dem Gestrüpp der Stim-men laut und klingend:

„Nichts Traurigeres ... Zerfließ nicht in Tränen, Tschuschkina ... Eine schöne Sache ist es ...“ (Fortsetzung folgt.)

Die Gewerkschaften an der Jahreswende

Die elementare Aufgabe der Gewerkschaften ist die Verteidigung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle ihre Mitglieder und für die gesamte Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften und ganz besonders die sich sozialistisch nennende freie Gewerkschaftsbewegung haben, das hat Karl Marx schon vor sechzig Jahren ausgesprochen, jedoch auch darüber hinaus die Aufgabe, ihre ganze Kraft einzusetzen, um das kapitalistische Ausbeutungssystem überhaupt zu beseitigen und für die Errichtung des Sozialismus zu kämpfen. Doch abgesehen von dieser großen Klassenaufgabe der Gewerkschaften sind ihnen durch die Entwicklung des modernen Kapitalismus mit seiner weit verzweigten Sozialgesetzgebung besondere Pflichten für die Verteidigung und Verbesserung der Sozialleistungen für die Arbeiterklasse erwachsen.

Es ist daher am Jahreswechsel angebracht, die Frage aufzuwerfen:

Haben die Gewerkschaften ihre Aufgaben erfüllt?

Das Jahr 1932 begann mit einer gewaltigen Niederlage für die Arbeiterschaft und für die Gewerkschaften im besonderen. Am 1. Januar 1932 trat der größte Lohnabbau aller Zeiten in Kraft. Durch die Brüning-Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wurde sämtlichen Arbeitern, Angestellten und Beamten des Reiches der Lohn um mindestens 10, teilweise bis zu 15 und 20 Prozent gekürzt. Der Lohnabbau erfolgte zu einem großen Teil unter Bruch der Tarifverträge, die noch weit über den 1. Januar hinaus Gültigkeit hatten.

Die Gewerkschaften haben sich, außer papierenen Protesten, gegen diesen Lohnraub nicht gewehrt. Ja, sie haben nicht einmal einen ernsthaften Kampf dagegen zu führen versucht. Hat schon dieses Verhalten der Führung der Gewerkschaften unermesslichen Schaden zugefügt, so wurde er noch erhöht durch die unglaubliche Tatsache, daß diese Notverordnung von der politischen Vertretung der freien Gewerkschaften, der SPD, toleriert wurde. Diese Tolerierung ist von der ADGB-Führung ausdrücklich verteidigt worden.

Weiterer Lohnabbau im ganzen Jahr

Die Gewerkschaftsführung suchte die Empörung und den Unwillen der Arbeitermassen über den gewaltigen Lohnabbau durch die Brüning-Notverordnung mit dem Argument zu beschwichtigen, daß jetzt „Schluß mit dem Lohnabbau“ gemacht würde. Ja, es wurde darauf verwiesen, daß in der Notverordnung ausdrücklich ein dementsprechender Passus enthalten sei und daß außerdem darin festgelegt sei, wenn die Preise für die Lebenshaltungskosten nicht entsprechend der Lohnreduzierung sinken, dann würde im Frühjahr eine Revision (es sollte heißen eine Wiedererhöhung der Löhne) vorgenommen werden. Die Preislenkung betrug aber, wie später von der Gewerkschaftspressen selbst festgestellt wurde, nur einen Bruchteil des Lohnabbaus.

Trotzdem wurde nach Ablauf der Brüning-Tarife am 1. April 1932 der Lohnabbau mit verstärkter Wucht bis zum Ende des Jahres fortgesetzt. Er begann mit einer Reduzierung der Bauarbeiterlöhne bis zu 34 Prozent. Seitdem ist kein einziger Schiedsspruch gefallt worden (fast alle Tarifneuausschlüsse erfolgten durch Schlichter-Schiedssprüche), der nicht eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vor allem auch der Urlaubsbedingungen mit sich gebracht hätte.

Den Gipfel an staatlicher Lohnrauberei erreichte die Papen-Regierung durch ihre Verordnungen vom 4. und 5. September, die es ganz der Willkür der Unternehmer und der Diktatur der Schlichter überließ, die Löhne, ohne Rücksicht auf bestehende Tarife, bis zu 30 Prozent zu kürzen. Mit dieser von der Regierung diktierten staatlichen Lohnrauberei wurde ein Grundpfeiler der Gewerkschaftsarbeit, das Tarifrecht, fast völlig zerstört.

Das ganze Tarif- und Schlichtungswesen bedeutet nach dieser Regierungspraxis nur noch eine Bindung und ein Hemmnis für die Arbeiterschaft, läßt aber dem Staat und dem Privalkapital völlige Freiheit zu jeder Art Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Erfolgreiche Streiks

Die reformistische Gewerkschaftsführung hatte die ganze Zeit seit dem Jahre 1930 die Passivität und Untätigkeit gegenüber der ununterbrochenen Kette von Lohnherabsetzungen durch Zwangsschiedssprüche und Notverordnungen damit begründet, daß gegen die gesetzlichen Bestimmungen und auch infolge der Krise und der großen Arbeitslosigkeit keine Streiks geführt werden können. Ihr einziger Trost für die Arbeiter war: „Auf bessere Zeiten warten, dann wollen wir mit Zins und Zinseszinsen heimzahlen“. Diese, für die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften so ungemein schädliche Haltung der Gewerkschaftsführung, beruht in ihrer staatsrechtlichen Grundeinstellung, aus der heraus sie jeden revolutionären Kampf ablehnt.

Die schimpfliche Absetzung der sozialdemokratischen Preußen-Regierung und die ganze schroffe Haltung des Papen-Kabinetts gegen die SPD zwang diese Partei, sehr gegen ihren Willen, zu einer wenn gewiß

auch sehr unzulänglichen Opposition. Dadurch wurde auch die Stellung der Gewerkschaftsführung gegenüber der Regierung beeinflusst. Auf Grund dieser Wendung, aber vor allem unter dem Druck des Massenkompliments benutzte die ADGB-Führung eine juristische Unklarheit der tarifrechtlichen Papen-Notverordnung, um offen zu Streiks aufzurufen, da, wo auf Grund dieser Verordnung die Löhne abgebaut wurden. So kam es im September und Oktober zu hunderten von durchweg betrieblichen Streiks im ganzen Reich. Dabei ergab sich

das Ueberraschende, daß diese Streiks — trotz der großen Krise und Arbeitslosigkeit — in ihrer großen Mehrzahl mit Erfolg endeten.

Diese Tatsache widerlegte schlagend die bisherige Argumentation der Reformisten, daß Streiks in der Krise aussichtslos wären.

Aber diese Streiks — vor deren Konsequenzen der reformistische Führung banal wurde, weshalb sie auch bald eingestellt wurden — hatten noch eine weit größere politische Bedeutung. Zum erstenmal seit der mit dem Brüning-Kabinett eingeführten offenen Kapital-Diktatur mußten die Herrschenden erkennen, daß ihre Macht an der entschlossenen außerparlamentarischen Aktion der Arbeiterklasse eine Grenze hat und wenn nun, kurz vor Weihnachten, durch Reichstagsbeschluß, der vom Schleicher-Kabinett akzeptiert wurde, der tarifrechtliche Teil der Papen-Verordnung aufgehoben wurde, so war dies vor allem eine Auswirkung der außerparlamentarischen Kämpfe, der Streiks der Arbeiterschaft. Diese Tatsache schließt auch in sich die Richtigkeit der von uns immer vertretene Auffassung, daß bei nur entschlossener außerparlamentarischer Kampfführung bei Streiks, die ohne Rücksicht auf die sogenannten gesetzlichen Bestimmungen in politische Kämpfe übergeleitet werden, die Kapitaloffensive zurückgeschlagen werden kann.

Hat die Gewerkschaftsführung wenigstens jetzt daraus die Lehre gezogen? Nein. Sie betreibt ihre nun gewerkschaftliche nuregesetzliche Politik wieder weiter, was sich besonders bei dem großen Berliner Verkehrsarbeiterstreik zeigte.

Die Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenziffer ist im ganzen vergangenen Jahr nicht unter 4 Millionen gesunken. Sie hat mit rund 5 Millionen begonnen, ist dann von April bis Juli etwas gesunken, um nach einigen Schwankungen wieder gegen Ende des Jahres rapid bis auf rund 6 Millionen registrierte Arbeitslose anzusteigen. Es sind jedoch nachweislich zwei weitere Millionen nicht bei den Arbeitsämtern gemeldete Arbeitslose vorhanden. In den einzelnen Gewerkschaften ist die Arbeitslosigkeit derart hoch, daß einfach aus Beitragsmangel die Existenz einzelner Verbände in Frage steht.

Aufs schwerste wurden die Gewerkschaften auch von dem unheimlichen

Abbau der staatlichen Arbeitslosenunterstützung

betroffen. Im Jahre 1932 sind die Unterstützungssätze für die Arbeitslosen im Durchschnitt um rund 50 Prozent gesenkt und für Millionen von Erwerbslosen die Unterstützung ganz beseitigt worden. Hunderttausende von gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind nicht einmal mehr in der Lage, der 10-Pfennig-Arbeitslosenbeitrag zu bezahlen.

Aber auch die Gewerkschaften sahen sich gezwungen, ihr übermäßig ausgebauten Sozial-Unterstützungssystem abzubauen. Einige Verbände mußten ihre Unterstützungen ganz einstellen.

Mitgliederbewegung

Die Folgen dieses Unterstützungsbauens aber noch viel mehr die Folgen der reformistischen, vor jedem ernsthaften Kampf ausweichenden Politik zeigten sich naturgemäß in einem weiteren gewaltigen Mitgliederrückgang aller Gewerkschaften. Um die Mitgliederzahl aller im ADGB vereinigten Gewerkschaften im Jahre 1930 von 4,9 auf 4,1 Millionen zurück, so muß man jetzt damit rechnen, daß am Ende — 31. Dezember 1932 — ein

Mitgliederstand von noch höchstens 3 1/2 Millionen

vorhanden ist und damit den Tiefstand der Inflationszeit von 1923 fast unterschritten wird. Nach vorläufigen Einzelberichten der größten Verbände muß mit einem Mitgliederrückgang gerechnet werden im Metallarbeiterverband von 827 000 auf 646 000, Gesamtverband von 618 000 auf 520 000, Baugewerksbund von 390 000 auf 330 000, Holzarbeiterverband von 269 000 auf 235 000, Textilarbeiterverband von 246 000 auf 210 000.

Es ist bequem aber grundfalsch, wenn die Gewerkschaftsführung diesen Mitgliederrückgang einfach nur mit dem Hinweis auf die katastrophalen Auswirkungen der Krise zu erklären versucht.

Dieses Argument kann nur auf bürgerliche oder eine bürgerlich-reformistische Politik treibende Gewerkschaften Geltung haben. Für eine wirklich sozialistische Gewerkschaft ist das keine Erklärung. Sie mußte gerade, wenn das Kapital zu diesen gewaltigen Angriffen ausholt, eine Belebung ihrer Mitglieder und dementsprechend bei einer zielbewußten revolutionären

Kampfführung einen Zulauf aus den vom kapitalistischen Niedergang bedrängten Massen haben. Aber weil die Gewerkschaftsführung eine solche Politik ablehnt, vor allem auch, weil sie nichts tut, um die arbeitslosen Massen in den Kampf zu führen, nichts unternimmt, um die Gewerkschaftsmacht gegen den Unterstützungsabbau und gegen die täglichen Schikanen der Arbeitsämter und staatlichen Behörden einzusetzen, sondern im Gegenteil die arbeitslosen Verbandsmitglieder von jeglicher gewerkschaftlichen Mitarbeit ausschaltet, deshalb haben sich die Arbeitslosen von der Gewerkschaft verlassen und kehren ihr den Rücken.

Die politische Bedeutung der Gewerkschaften

So falsch die Politik der reformistischen Gewerkschaftsführung auch ist, so hat sich doch gerade im Jahre 1932, in der Zeit der faschistischen Hochflut, gezeigt, welche gewaltige politische Bedeutung die Gewerkschaften mit ihren immer noch an die 4 Millionen zählenden Mitgliedern haben. Das kommt nicht nur in der politischen Auswirkung der oben schon behandelten Streiks gegen die Papen-Verordnung zum Ausdruck, sondern auch in dem Liebeswerben der Herren um Schleicher wie auch der Naziführer um Gregor Strasser gegenüber den Gewerkschaften zum Ausdruck. Solange die Gewerkschaften noch bestehen, solange in ihnen eine organisierte Kraft von Millionen Arbeitern vorhanden ist, muß jede politische Macht mit ihnen rechnen.

Doch statt daß die Gewerkschaftsführung diese Macht im Interesse des Proletariats konsequent zum Kampf ohne Rücksicht auf die kapitalistische Wirtschaft einsetzt, versucht sie diesen Machtfaktor lediglich im Rahmen der im Kapitalismus herrschenden politischen Kräfte auszunutzen. Weil sie den revolutionären Weg nicht gehen will, aber andererseits erkennen muß, daß die Gewerkschaften bei der Fortdauer ihrer organisatorischen wie auch der allgemeinen politischen Entwicklung zugrunde gehen, glaubt sie jetzt durch einen mehr oder minder offenen Pakt mit der Schleicher-Regierung sich „für spätere bessere Zeiten“ am Leben zu erhalten. Das ist die einzige Erklärung für die jetzige Tolerierung von Schleicher, die aber nichts anderes ist als eine Fortsetzung, ja Ueber-

steigerung ihrer bisherigen zum Ruin führenden Politik.

Der Ausweg für die Arbeiterklasse

Es ist selbstverständlich, daß jeder klassenbewußte Arbeiter nicht nur gegen die falsche Politik und Taktik der Gewerkschaftsführung ankämpfen, sondern

alles tun muß, um die Gewerkschaften zu erhalten, sie zu stärken und zu einem wirklichen Bollwerk der Arbeiterklasse auszubauen.

Das kann aber nicht erreicht werden durch eine nur nequereide und in ihrer Konsequenz auf die Sprengung der Gewerkschaften hinauslaufende Politik, wie sie von der KPD mit ihrer RGO betrieben wird. Die RGO und auch die ihr angeschlossenen roten Verbände können auch keinen Ersatz für die Gewerkschaften bilden, was neben vielem anderen auch daraus hervorgeht, daß die RGO und vor allem ihre roten Verbände mindestens ebenso sehr wie die freien Gewerkschaften Mitgliederverluste zu verzeichnen haben.

Es gibt keinen anderen Weg zum revolutionären Erfolg als den, wie er von der SAP vertreten und in ihrem Sinne kämpfenden Gewerkschaftsopposition verfolgt wird. Das heißt, die revolutionäre Arbeit zur Umgestaltung der Gewerkschaften und zur Mobilisierung ihrer Mitglieder, und damit der gesamten Arbeiterklasse kann nur durch positive Betätigung innerhalb der Gewerkschaften geleistet werden. Nur wenn es unter der Losung

„Hinein in die freien Gewerkschaften“

gelingt, den Mitgliederrückgang der Gewerkschaften aufzuhalten, wenn jeder klassenbewußte Arbeiter zu einem Werber und Förderer für die Gewerkschaften wird und mitteilt, eine radikale Aenderung des ganzen Kurses herbeizuführen, kann ein Wiederaufstieg der Gewerkschaften und damit ein Wiederaufstieg der ganzen Arbeiterklasse im kommenden Jahr erfolgen.

Darum an die Arbeit! Unsere nächsten Aufgaben sind: Einsatz aller unserer Kräfte bei den im Januar stattfindenden Neuwahlen der Ortsverwaltungen und anderer Körperschaften und bei den im Frühjahr stattfindenden Betriebsratswahlen.

Lohnbewegung im Breslauer Gastwirtsgerber

Die im Breslauer Gastwirtsgerber Beschäftigten stehen seit dem 1. Oktober in einer Lohnbewegung. Jetzt, am 22. Dezember, fällt der Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Stadtrats Kühn einen Schiedsspruch, der für die Gastwirtsangestellten einen Lohnabbau von durchschnittlich 3 bis 4 Prozent brachte. Die Unternehmer hatten Forderungen gestellt für einen Lohnabbau bis zu 40 und 50 Prozent.

In einer Versammlung der Gastwirtsangestellten in der Nacht zum 27. Dezember wurde zu dem Schiedsspruch Stellung genommen und nach ausgiebiger und sachlich geführter Diskussion der Schiedsspruch angenommen. Die Unternehmer haben am 28. Dezember in ihrer Tarifkommission den Spruch abgelehnt, weil er ihnen nicht genug Lohnabbau brachte. Es sind vor allen Dingen die Scharmacher vom Schlage eines Herrn Stolle, Gräbchen, Hotelbesitzer Schuster „Monopol“ (Nazi-Heines' Asyl), die auf die Ablehnung des Schiedsspruches hinarbeiten.

Wie der Verband der Hotel-, Restaurant- und Cafégangestellten mitteilt, hat er die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beim Schlichter beantragt.

Massen-Tarifikündigungen in Dänemark

Der dänische Arbeitgeberverband, dem die Arbeitgebervereinigungen fast aller Branchen des dänischen Wirtschaftslebens angehören, hat sämtliche Arbeitslohnabkommen, die zum 1. April 1933 ablaufen, bereits gekündigt. Insgesamt werden 25 000 Arbeiter betroffen. Mit dem bereits früher erfolgten Kündigungen von Lohnabkommen der Arbeitnehmer anderer Industriezweige beläuft sich die Zahl der Arbeiter, die zum Frühjahr über neue Lohnabkommen mit den Arbeitgebern verhandeln sollen, auf etwa 150 000 Mann. Es heißt, daß die Arbeitgeber damit einen letzten Versuch machen wollen, die gegenwärtigen Löhne um 20 Prozent herabzusetzen.

Steuerermäßigung für Kriegsbeschädigte

Vom „Allgemeinen Verband der Kriegs- und Arbeitsopfer Deutschlands“, Berlin SW 68, Ritterstraße 53, wird uns geschrieben: „Die Steuerkarten für das Jahr 1933 sind bereits zugestellt worden. Bevor man dem Unternehmer die Steuerkarten aushändigt, ist es unbedingt notwendig, nachzusehen, ob der Familienstand richtig festgestellt worden ist. Besonders wichtig ist es, die erhöhten Werbungskosten prozentual der Beschäftigung von dem Finanzamt beschleunigen zu lassen, damit die erhöhten Sätze beim Abzug der Steuer mit verrechnet werden. Der Antrag ist

möglichst in den letzten Tagen des Dezembers zu stellen, damit ab 1. Januar 1933 der volle Betrag anrechnungsfrei bleibt. Eine Rückerstattung von zuviel gezahlten Steuern erfolgt nicht. Die Werbungskosten erhöhen sich um den Prozentsatz, den der Betreffende an Rente bezieht. Bei der Antragstellung beim Steuer- oder Finanzamt sind der letzte Rentenbescheid und die neue Steuerkarte mitzunehmen.

Gleichzeitig müssen auch die Fahrtauseweise für Eisen- und Straßenbahn erneuert werden, damit den Betreffenden keinerlei Nachteile entstehen.

Explosion in einer Baumwollspinnerei

Kaiserslautern, 29. Dezember.

Eine schwere Explosion, die nicht unerheblichen Sachschaden anrichtete, ereignete sich gestern nachmittag in der Baumwollspinnerei Lampertsmühle. Eine große Raubmaschine wurde durch die Gewalt der Explosion an die Decke geschleudert; dabei wurde das Dach eingedrückt. Sämtliche Fensterscheiben wurden zertrümmert und auch das Mauerwerk wurde beschädigt. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Wie konnte eine solche Explosion überhaupt zustande kommen? Da in der Meldung von der Ursache nichts drin steht, liegt die Vermutung nahe, daß es sich um eine der in Deutschland üblichen Bruchbuden von Spinnereien, in denen die Arbeiterinnen beinahe vor Staub umkommen, handelt.

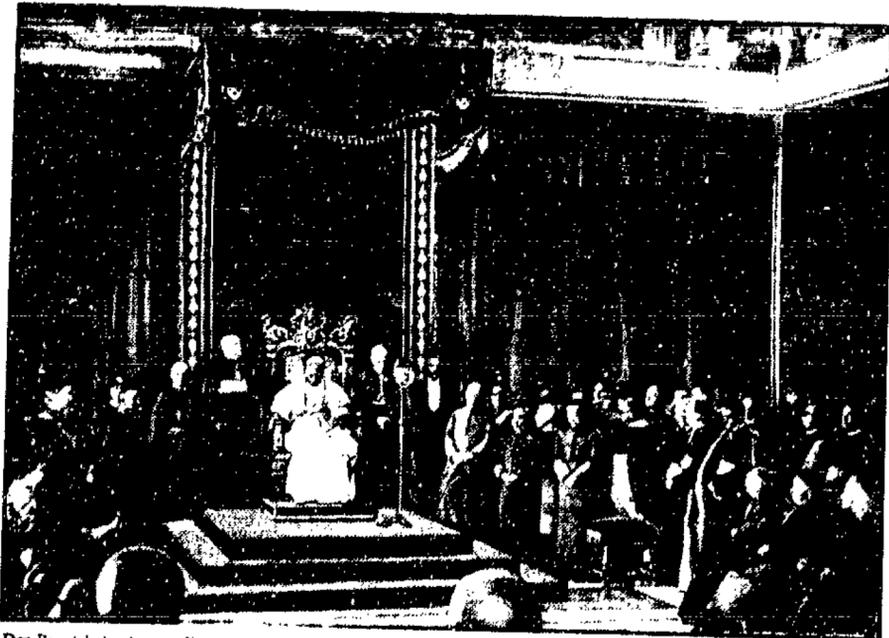
Raubüberfall im D-Zug

Berlin, 29. Dezember.

In dem von Leipzig kommenden D-Zug 33 wurde gestern abend zwischen Leipzig und Thüring ein dreier Raubüberfall auf die 40jährige Stütze Anna Müller aus Berlin verübt. Auf die Frau, die allein im Abteil saß, stürzte sich plötzlich ein Bursche, der auf sie mit einem harten Gegenstand einschlug. Die Ueberfallene schrie um Hilfe, worauf der Räuber flüchtete und sich im Zug bis zur Einfahrt in den Anhalter Bahnhof versteckt hielt. Hier erst wurde er entdeckt und festgenommen, und zwar hatte der Zugführer inzwischen die Berliner Polizei telegraphisch benachrichtigt. Der Festgenommene will 23 Jahre alt sein und aus Leipzig stammen.

Schlagwetterexplosion

Im Fünfkirchener Steinkohlengraben hat sich gestern in einer Grube bei Nagymank eine katastrophale Schlagwetterexplosion ereignet. 13 Bergleute wurden getötet, ein Bergmann lebensgefährlich verletzt.



Der Papst bei seiner vollverdummenden Weihnachtsrede. Er jammert herzerbrechend über die furchterlichen „Verfolgungen“, denen die Kirche in Sowjetrußland, Mexiko und Spanien ausgesetzt sei und erklärte, das kommende Jahr 1933 für ein „heiliges Jahr“. Was nützen uns solche „heiligen“ Reden? Nicht ein

einzigster der Millionen und Abermillionen Erwerbsloser wird durch sie satt werden kein einziger der freierenden wird gekleidet werden. Dieser „Stellvertreter“ Gottes auf Erden (im gewöhnlichen Leben spricht man von einem Prokuristen) will nichts weiter als Millionen von Proleten Sand in die Augen streuen.



Das Ideal der kapitalistischen imperialistischen Staatenlenker: Möglichst großer Kinderreichtum, möglichst zahlreiches Kanonenfutter für den nächsten Krieg.

Dafür der kapitalistische Staat aber die Millionenmassen nicht mehr zu ernähren in der Lage ist, dieser Widerspruch existiert für sie nicht.



Das wahre Gesicht des Bürgertums enthüllt sich aber, wenn man diese gasmaskenstarenden Gesichter sieht. Es ist dies eine Konferenz über Gasschutzfragen des chauvinistisch, faschistisch-imperialistischen

Nationalverbandes der französischen Reserveoffiziere. Alle diese Konferenzen haben nur ein Ziel: die ideologische Vorbereitung für einen kommenden Krieg



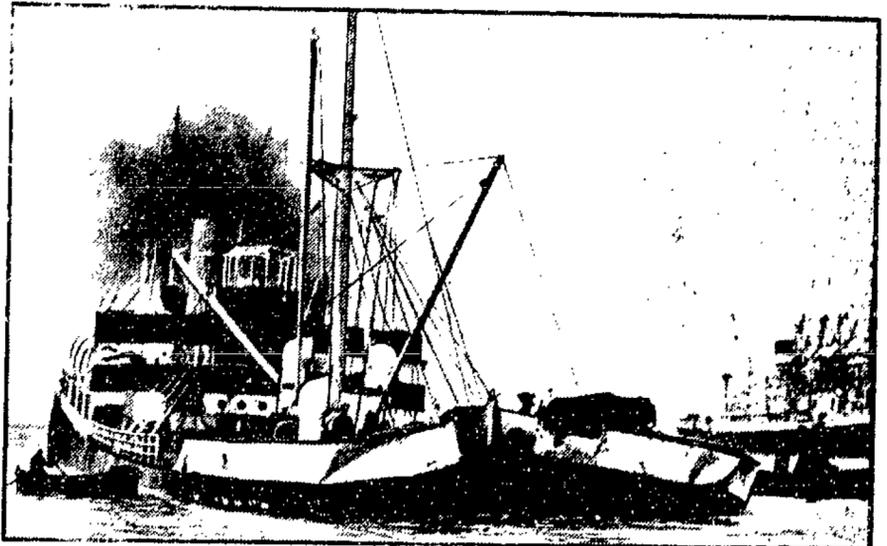
Amnestierte politische Gefangene verlassen eine deutsche Zuchthauszelle. Nur wenige hat man amnestiert, tausende und abertausende schmachten noch als Opfer

der deutschen Klassenjustiz hinter Kerkermauern. Der Kampf um die völlige Amnestie muß weitergehen! Verstärkt den Massendruck!



Wie groß bereits die Spannung zwischen den gegensätzlichen imperialistischen Kräften geworden ist, wie leicht auch der geringste Funke im Augenblick hier zündend wirken kann, zeigt diese faschistische Massendemonstration auf dem Marcusplatz in Venedig, bei der scharf gegen die sogenannten „italienfeindlichen“ Ausschreitungen in Jugoslawien Stellung genommen wurde

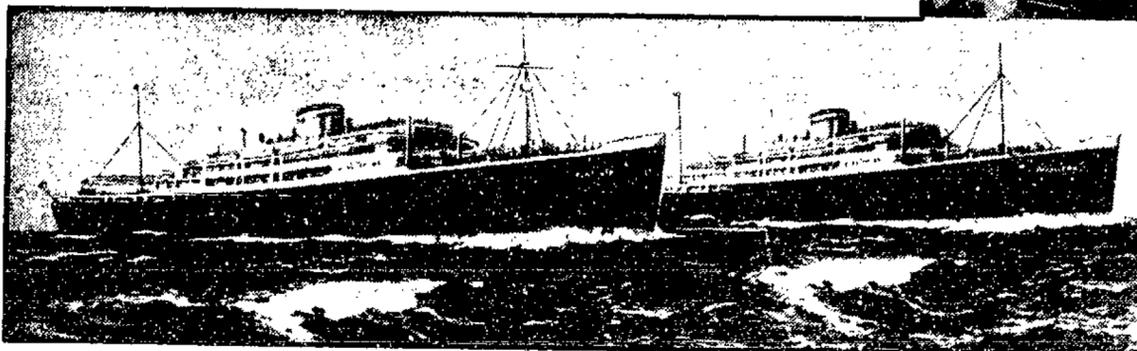
(Bild untenstehend) Zwei neue Schiffe der deutschen Handelsflotte, die im nächsten Jahr in den Dienst gestellt werden sollen. Sie sind für den Passagier- und Frachtdienst nach Mittelamerika vorgesehen. Beide Schiffe haben eine Wasserverdrängung von 15 000 Tonnen, zwei achtylindrige Dieselmotoren, die 11 000 PS erzeugen. Wann wird die Wirtschaftskrise diese beiden Schiffe außer Dienst stellen?



Im Hafen von Marseille stieß der französische Dampfer „Bernardin de Saint Pierre“ mit dem aus New York kommenden spanischen Dampfer „Navemar“ zusammen. Die „Navemar“ erhielt ein schweres Leck und sank.



Ein ganzes Wohnhaus mit 16 Zimmern wird über den 4 Meilen breiten Delaware-Strom im Staate New Jersey (USA) geschoben. Wenn irgend ein übermütiger Kapitalist auf die Idee kommt, daß sein Haus auf der anderen Seite des Flusses besser stehe, läßt die Macht seines Dollars die Ingenieure (die hier nur Soldlinge des Kapitals sind) nach seiner Pfeife tanzen — und das Haus wird über den Strom geschafft. Wie anders in Rußland, wo der Ingenieur im Dienst der Allgemeinheit und des sozialistischen Aufbaues steht.



Das Wirtschaftsjahr 1932

Im Kapitalismus hat die Arbeiterklasse nur Verschlechterungen zu erwarten

I.R. Im Kapitalismus ist der Arbeiter nur ein Teil der Produktionsmittel. An der guten Konjunktur hat er nur in sehr beschränktem Maße Anteil, in der Krise aber soll er durch seine Arbeitslosigkeit, durch Lohnsenkungen und dergleichen den Kapitalisten möglichst schadlos halten. In einer solchen Krisenlage wie der heutigen, sinkt er vollends in die Verelendung hinab.

Die gesamte weltweite Bevölkerung muß deshalb aufs stärkste daran interessiert sein zu wissen, wie die Wirtschaftslage ist. Sie muß sich ein Bild darüber machen, mit welcher Zukunft sie zu rechnen hat und welche Maßnahmen zu ergreifen sind, damit sie aus ihrem Elend heraus kommt. Im solcher Heberblick ist gerade jetzt an der Jahreswende, wo von kapitalistischer Seite so viel über die Wendung zum Besseren geredet und geschrieben wird, angebracht und notwendig.

Die Weltwirtschaftslage an der Jahreswende

Der Weltmarkt befindet sich heute wertmäßig auf einem Stand noch tiefer als um die Jahrhundertwende. Gegenüber dem Krisenjahr 1931 ist er nochmals um zirka ein Drittel gesunken. Mindestens 20 Prozent der Welthandelsflotte liegen heute still, von der deutschen Handelsflotte sogar zirka 35 Prozent. Am stärksten gesunken ist der Handelsumsatz gerade der größten kapitalistischen Staaten; so liegt zum Beispiel der französische Handel heute zirka 54 Prozent niedriger als zu Beginn der Krise, der Handel Englands um 57 Prozent, Deutschlands um 60 Prozent und der der Vereinigten Staaten sogar um 67 1/2 Prozent.

Die Weltproduktion lag im September 1932, das Prosperitätsjahr 1928 gleich 100 gesetzt, nur auf 70,7. Die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz immer größerer Produktionssteigerung wurde durch das Aufheben neuer Investitionen, durch Betriebskrachen und durch künstliche Einschränkung der Produktion mittels internationaler und nationaler Kartelle und durch künstliche Verengung riesiger Mengen Kaffee, Baumwolle, Getreide u. a. m. unterbunden. Auf diese Weise sollte die Produktion nach Möglichkeit den sinkenden Absatzmöglichkeiten angepaßt werden.

Das aber erzeugte immer neue Arbeitslose. Ende 1932 zählte das Weltmeer nur der statistisch erfaßten Arbeitslosen über 25 Millionen.

Dabei wurden zugleich die Löhne gesenkt, und das Volkseinkommen, insbesondere das Einkommen der werktätigen Schichten ging in allen Ländern gewaltig zurück. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel, die noch vor wenigen Jahren als kapitalistisches Wunderland gepriesen wurden, in dem der Arbeiter nur seidenen Hemden trug und ein Auto besaß, liegt das Volkseinkommen heute um mehr als 60 Prozent tiefer als 1929.

Fast überall haben die Staatsbudgets ungeheure Defizite aufzuweisen, die Währungsgrundlage fast aller Länder ist mehr oder weniger zertrüftet. Vielen Staaten droht nicht nur eine Inflationsgefahr, sondern sie ist heute faktisch schon da.

Die russische Sowjetunion ist das einzige Land, das keine sogenannte Ueberproduktions-Krise zu verzeichnen hat. Aber auch dort ist die Weltwirtschaftskrise nicht ohne Auswirkungen geblieben. Durch Schrumpfung des Absatzes russischer Waren im Ausland, mußte die USSR auch die Einfuhr von Maschinen usw. drosseln, wodurch der Wirtschaftsaufbau empfindlich gestört wird.

Die besondere Krise in Deutschland

Von dieser allgemeinen Krise, die sich im Jahre 1932 gegenüber 1930 und 1931 noch weiter verschärft hat, ist Deutschland relativ am stärksten betroffen. Es hat noch seine ganz besondere Krise zu verzeichnen. Die Ursachen hierfür gehen bis auf den verlorenen Krieg zurück. Denn dieser hatte für Deutschland riesige Schulden- und Reparationslasten im Gefolge, für die bei einer teilweise Paralyse durch Auslandsanleihen doch immerhin laufend Zinslasten zu bezahlen waren. Außerdem konnte die deutsche Kapitalistenklasse erst nach der Inflationszeit durch enorme Rationalisierungsmaßnahmen den anderen Großmächten wieder ernstlich konkurrenzfähig gegenüberstellen. Die Rationalisierungsmaßnahmen und damit verbundenen Neuinvestitionen von Kapital erfolgten infolge ihrer privatkapitalistischen Gesichtspunkte aber in einem Ausmaß, das sich hinterher als äusserst krisenverschärfend herausstellen mußte.

Die Hauptgrundlage für die spezielle Wirtschaftskrise in Deutschland bildet indes die deutsche Landwirtschaft und die besonders von der Papen-Regierung und ebenfalls von der Schleicher-Regierung im Interesse der Junker betriebene Subventions-, Preissstützungs- und Zollpolitik. (Dieses Problem wurde in der „SAZ“ wiederholt und ausgiebig behandelt.)

Die Verschlechterung der Handelsbilanz

So ist die gesamte deutsche Ausfuhr von einem monatlichen Durchschnittswert

von rund 1 Milliarde Mark im Jahre 1930 und von rund 800 Millionen Mark im Jahre 1931 weiter auf 477 Millionen Mark im Jahre 1932 (Durchschnitt von elf Monaten) gesunken. Der Ausfuhrüberschuß ist trotz einer stark gedrosselten Wareneinfuhr gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte gesunken. Er betrug in elf Monaten des Jahres 1931 noch 2.624, in elf Monaten des Jahres 1932 aber nurmehr 1.012 Millionen Mark. Auch wenn man die im Jahresdurchschnitt erfolgten Preissenkungen berücksichtigt, ergibt sich eine erhebliche weitere Verschlechterung der deutschen Handelsbilanz. Der Anteil der deutschen Ausfuhr an der Weltausfuhr ist trotz Zusammenstumpfens auch des Welthandels immer weiter gesunken.

Der Produktionsrückgang

Das wird in den Augen derjenigen, die eine deutsche Autarkie (Selbstgenügsamkeit) erstreben, allerdings kein Minus, sondern im Gegenteil ein Plus der Jahreswirtschaftsbilanz bedeuten. In Wirklichkeit kommt in diesen Zahlen gerade die Krise der deutschen und der Weltwirtschaft zum Ausdruck. Denn die weltwirtschaftlichen Verflechtungen sind schon längst so dicht, die deutsche Industrie ist in so weitgehendem Maße auf den Absatz auf dem Weltmarkt aufgebaut, daß eine Verschlechterung der Handelsbilanz und ein Rückgang der Ausfuhr auch eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz, Betriebszusammenbrüche, Arbeiterentlassungen, Lohndruck im Innern bedeuten.

Der Index der deutschen industriellen Produktion war nach den Statistiken des deutschen Konjunkturforschungsinstituts (1928 gleich 100) bei ständigem Sinken im Oktober 1932 auf 60,9 angelangt und wird für das gesamte Jahr 1932 nur auf 56 geschätzt. Die sehr wichtige Eisenproduktion weist 1932 zum Beispiel nur einen Monatsdurchschnitt von schätzungsweise 503 000 t auf gegenüber 758 000 t im Jahre 1931 und 1 544 000 t im Jahre 1929.

8 Millionen Arbeitslose

Eine solche Produktionseinschränkung, verbunden mit wachsender „Freisetzung“ von Arbeitskräften in den Betrieben, in denen noch gearbeitet und dabei die Ausbeutungsrate ständig vergrößert wird, bedeutet ein Millionenheer von Arbeitslosen. Nun ist zwar das ganze Jahr 1932 hindurch sehr viel von Arbeitsbeschaffung gesprochen worden, aber am 15. Dezember wurden auf den Arbeitsämtern 5,0 Millionen Arbeitslose registriert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß immer mehr Arbeitslose, weil sie nicht unterstützt werden und kein Fahrgeld aufbringen können, sich nicht einmal mehr bei den Arbeitsämtern registrieren lassen. Alle ernsthaften Statistiker rechnen daher mit rund 8 Millionen Arbeitslosen. Der Durchschnitt der Arbeitsuchenden im Jahre 1932 liegt trotzdem und trotz aller Wirtschafts-„Ankurbelung“ höher als 1931.

Die mit so großem Pomp eingeleitete Neueinstellungsaktion der Papen-Regierung endete mit einem völligen Fiasko. Sie brachte nach einer Erhebung des ADGB Anfangs Dezember nicht mehr als 42 000 Neueinstellungen in insgesamt 943 Betrieben. Wenn diese Zahlen auch keinen Anspruch auf Lückenlosigkeit erheben können, so ist doch anzunehmen, daß sie ungefähr den Tatsachen entsprechen, da den einzelnen Verbänden diese Fälle durchweg bekannt sein dürften. Den Neueinstellungen aber standen weit höhere Ziffern von Entlassungen und Zusammenbrüchen in anderen Betrieben gegenüber.

Ca. 30% Lohnabbau

Alle „Ankurbelungs“-Versuche der Kapitalisten und der kapitalistischen Regierungen gingen auf Kosten der Arbeiter. Das Programm der Unternehmer, die Löhne der deutschen Arbeiter durchweg um zirka 30 Prozent unter das Niveau von 1928/29 herunterzudrücken, ist durchgeführt worden. Nach Angaben des Konjunkturforschungsinstituts betrug das gesamte Arbeitseinkommen (Einkommen von Arbeitern, Angestellten und Beamten) in Deutschland im dritten Vierteljahr 1932 nur noch 6,8 Milliarden Mark gegenüber 11,2 Milliarden im dritten Vierteljahr 1929. Auch im letzten Vierteljahr 1932 ist es weiter gesunken.

Die Lebenshaltungskosten sind nach den sehr anfechtbaren amtlichen Statistiken zwar auch gesunken, aber selbst das Konjunkturforschungsinstitut muß in seinem Bericht aber zugeben, daß auch bei Einrechnung der — im übrigen nur in geringem Maße gesunkenen — Kleinhandelspreise „die Mehrzahl der Einkommen so niedrig ist, daß sie mit ihrer Verwendung für Nahrung und Miete zumeist erschöpft sind und damit für den Markt der industriellen Fertigfabrikate überhaupt nicht nennenswert in Frage kommen“.

Auch wenn mit Beginn des neuen Jahres die mit Neueinstellungen verknüpfte staatliche Lohnabbauergenehmigung während der Laufzeit eines Tarifes wieder fortfällt, so ist auch so ein für die Arbeiterklasse nicht mehr zu ertragendes Lohnniveau erreicht. Der Wille der Unternehmer und ihrer Unterstützung durch die Regierung, die Löhne bei Tarifablauf und möglichst durch die Einführung von Individualverträgen weiter zu senken, besteht außerdem fort.

Vergebliche Sanierungs-Versuche

Außer dem Bestreben, durch immer neue Lohnsenkungen auch bei verkleinerter Absatzbasis zu Profiten zu kommen, haben die Kapitalisten aller Länder und ihre Regierungen im letzten Jahre die erdenklichsten Anstrengungen gemacht, um die Weltwirtschaftskrise zu überwinden. Man hat, wenn auch nicht ohne Widerstand und Schwierigkeiten, in Lausanne in der Frage der deutschen Reparationszahlungen einen Standpunkt bezogen, der vor einigen Jahren noch völlig undenkbar schien. Man hat den Young-Plan, nach dem Deutschland bis zum Jahre 1988 noch rund 109 Milliarden Mark hätte zahlen sollen, durch das Lausanner Abkommen ersetzt, dessen Sinn die Annullierung der ganzen Reparationsfrage war. Allerdings blieben auch dann noch immer rund 11 1/2 Milliarden deutsche Verpflichtungen auf Grund des Lausanner Abkommens und aus der Tilgung der verschiedenen, im Zusammenhang mit der Reparationsfrage aufgenommenen großen Auslandsanleihen.

In Straßburg fand eine Konferenz statt, die eine Bereinigung der Vorjahre auf Grund der deutsch-österreichischen Zollunionsbestrebungen erfolgten starken Spannung zwischen Frankreich und Deutschland herbeiführen sollte. Sie endete mit einem Kompromiß, insofern keine der beiden Mächte ihre ursprünglichen Pläne aufrechterhielt, sondern ein System gegenseitiger Vorzugszölle der einzelnen Staaten festgelegt wurde.

Die Internationale Bank für Zahlungsausgleich, die eigentlich nur für die Abwicklung der deutschen Reparationszahlungen errichtet worden war, blieb bestehen; als neues Aufgabengebiet wurde ihr die Mitarbeit und der Ausgleich bei der Wiederherstellung der zerrütteten Währungen und eines allgemeinen Goldstandards zuerkannt. Man bereitete sich auf eine Weltwirtschaftskonferenz vor, die alle strittigen Fragen klären und vor allem auf dem Gebiet der Währung und der Handelspolitik (Zölle usw.) zu neuen, allgemein anerkannten Maßnahmen zwecks Ueberwindung der Krise führen sollte. Kurzum, das Jahr 1932 sollte nach den großen Zusammenbrüchen des Jahres 1931 das Jahr der großen Sanierung werden.

Die einzelnen Staaten führten Maßnahmen zwecks Verhinderung eines weiteren Preissturzes durch, da dieser die Krise vor allem der Rohstoffländer verschärfte, damit aber auch auf die anderen Staaten zurückwirkte, die Kapitalien in diesen Ländern angelegt oder ihnen Kredite gewährt hatten. Nicht nur in Deutschland, auch in anderen Staaten, zum Beispiel auch in Amerika, wurden unmittelbar vom Staat trotz riesigen Ausfalls von Steuer- und anderen Einnahmen Mittel bereitgestellt, um die vielen tatsächlich oder fingierter Weise vor dem Zusammenbruch stehenden Unternehmen zu sanieren und damit den Staat vor Ansehensverlust, vor Kreditunwürdigkeit gegenüber dem Ausland, vor neuen Millionen zu ernährenden Arbeitsloser zu schützen.

Unter Herrn v. Papen kam man in Deutschland auf die inzwischen Schule machende Idee, die heutige Krise durch Vorwegnahme später erwarteter Gewinne, Steuereinnahmen und dergleichen zu überwinden, unter dem Papenschen Motto: Noch schlimmer kann's dann ja schließlich auch nicht mehr werden. Aber der ganzen internationalen Kapitalistenklasse wurde klar, daß die Krise schlimmer war denn je, daß man mit neuen Mitteln ihrer Herr werden, und daß man eine nie geahnte Vernichtung von Werten dabei in Kauf nehmen müsse.

Die Staatsfinanzen entwickelten sich unter den Auswirkungen der Krise zur Katastrophe. Trotz aller „Einsparungen“ durch Abbau der Sozialunterstützung, Abbau der Löhne der Arbeiter in staatlichen Betrieben und der Gehälter der Beamten (an Militär-, Polizei- und Kirchenetat wurde nichts gestrichen) wird das Defizit immer größer. Die Steuereinnahmen des Reiches blieben im ersten Etatshalbjahr, 1. April bis 30. September, um fast 42 Prozent, Zölle mitgerechnet, um 46 Prozent hinter dem Voranschlag zurück.

Neue Konflikte

Aber das Kapital kann niemals über seine eigenen Schranken hinausgehen. Kein Einzelkapitalist, keine Kapitalistengruppe, kein kapitalistischer Staat vergißt dabei auch nur einen Augenblick, daß er selbst den Profit einstecken will, daß es ihm nicht etwa auf das Wohl der anderen ankommt. Aus diesem Grunde haben sich gerade am Ende des Jahres 1932 die Konflikte wieder zugespitzt. Die Kriegsschuldenfrage hat zwischen den im Weltkrieg alliierten Mächten bis zu einem Punkt geführt, der früher nichts anderes bedeutete als die Einleitung eines neuen Krieges: „Geheiligt“ Verträge wurden von verschiedenen Partnern einfach nicht eingehalten und damit die ganze kapitalistische Moral gefährdet. Die Ratifikation des Lausanner Abkommens ist wieder in Frage gestellt. Man hört schon wieder Stimmen, die eine nochmalige Verschiebung der schon mehrmals und zuletzt auf den März 1933 verschobenen Weltwirtschaftskonferenz für besser halten.

Während in allen Ländern von der Notwendigkeit des Abbaus der ins Riesenhafte gewachsenen Zollbarrieren gesprochen wird, nimmt jedes Land neue Zollerhöhungen vor und führt Kontingente ein, mit denen es zugleich eine größere Abnahme-

möglichkeit der Waren durch die Massen der Bevölkerung verhindert. Tarifbindungen werden durch autonome Zölle ersetzt, damit man freie Hand hat zu immer neuen Erhöhungen. An die Stelle der Meistbegünstigungsklausel tritt der Präferenzzoll, der dem einzelnen Staat eine größere Ausspielung des einen Partners bzw. Gegners gegen den anderen ermöglicht und nicht auf Zollerhebungen, sondern auf Zollsteigerungen hinausläuft.

Kurzum, die Gegensätze und Widersprüche werden nicht ausgeglichen, sondern sie verschärfen sich immer mehr.

Die politischen Fragen, die Differenzen in der Abrüstungsfrage, die Kriegszuspitzung im fernen Osten, die Ohnmacht des Völkerbundes, das alles hängt natürlich aufs engste mit allen diesen wirtschaftlichen Fragen und Gegensätzen zusammen. In Wirklichkeit gibt es für das kapitalistische System keinen Ausweg, keine Gesundung mehr. Das schließt allerdings nicht aus, daß hier und da Teilbehebungen auftreten, und daß der offene Ausbruch der tiefen, im Kapitalismus unüberbrückbaren Gegensätze noch wieder durch Kompromisse und durch Umgruppierungen im Kräfteverhältnis der kapitalistischen Staaten weiter hinausgezögert werden kann.

Die Welt ist heute unter den kapitalistischen Mächten so gut wie aufgeteilt; die Technik ist auf einem Stand angelangt, wo mit der Produktion eine immer größere Produktionssteigerung gegeben ist, die infolge der durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln gesetzten Profitschranken keinen entsprechend gesteigerten Absatzmarkt vorfindet. Es werden immer neue Arbeitskräfte „überflüssig“, und die Kapitalisten machen sich gegenseitig Konkurrenz.

Gerade das Jahr 1932 mit all seinen Widersprüchen und seiner Herabdrückung des ganzen Produktionsapparates und des Lebensniveaus der Arbeiterklasse zeigt aber auch in aller Deutlichkeit, daß der Sozialismus nicht von selbst kommt, sondern daß er von der Arbeiterklasse erkämpft werden muß.

Die reformistische „Aktion“

Die SPD- und ADGB-Bürokratie hat den deutschen Arbeitern viele Jahre hindurch, als die Zeit schon längst reif war zum Sturze des Kapitalismus, vorgeredet, daß mit einem Zusammenbruch des Kapitalismus nicht gerechnet werden könne, sondern daß sich der Kapitalismus automatisch zum Sozialismus entwickle. Heute auf einmal erklären auch sie, daß der Kampf um den Sozialismus als einziger Ausweg aus dem Wirtschaftschao auf der Tagesordnung stehen müsse. Aber die ADGB- und SPD-Instanzen vertrösten die Arbeiterschaft auf das Parlament; auf parlamentarischem Wege soll ihr „Umbau“-Programm durchgeführt werden, obwohl jeder Tag erneut den Beweis liefert, daß die Arbeiter dann noch sehr lange — nämlich auf den St. Nimmerleinstag — warten dürften, und daß das Chaos inzwischen immer schlimmer wird und die werktätigen Massen darunter immer mehr verelenden.

Das „Umbau“-Programm des ADGB stellt außerdem dem Staat, so wie er heute ist, nämlich ein Instrument in der Hand der Kapitalistenklasse, die Aufgabe, die Produktion zu kontrollieren. Die Profite sollen ruhig weiter nach privatkapitalistischen Gesichtspunkten verwandt, und die Renten und Unternehmergewinne in die Taschen der Junker, Direktoren, Aufsichtsräte usw. fließen, wenn auch zum Teil in anderer Form als heute. Dabei käme, selbst wenn überhaupt an eine Durchführung dieses Programms gedacht werden könnte, nichts weiter heraus, als daß die Arbeiter dennoch die Ausgebeuteten, die Lohnsklaven, die heutigen Herren der Industrie und Landwirtschaft aber auch fernherin die Herren blieben.

Der Ausweg der Arbeiterklasse

Ist nur zu finden, wenn die Werktätigen in Stadt und Land nur ihre eigenen Interessen ins Auge fassen, die in die Interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung sind; wenn die Arbeiter ihr Geschick selbst in die Hand nehmen. Die nächsten Schritte, die getan werden müssen, aber sind:

- Kampf gegen jeden weiteren Lohnabbau, für Lohnerhöhungen,
- für die Verkürzung der Arbeitszeit mit Lohnausgleich,
- für ausreichende Erwerbslosenunterstützung,
- für die Wiederöffnung stillgelegter Betriebe unter der Kontrolle der Arbeiter selbst,
- für die Arbeiterkontrolle der Produktion in allen Betrieben,
- für eine Regierung, die sich diese Arbeiter-Forderungen zu eigen macht.

Verantwortlich: Bruno Sachse, Breslau, nserate Herbert Scholz, Breslau, Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th. Schatzky A. G. Breslau, Neue Graupenstr. 7. Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Treppe, Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebura, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Kontonr. 102 92.

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, Treppe, Telephon 206 02. nseratenpreis Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Nationalistische Hetze

Wozu ist die Pressestelle der Provinzialverwaltung da?

Nationale Fragen im Kapitalismus sind Markthiagen. Ganz besonders diktiert die wirtschaftlichen Machtverhältnisse den Bourgeoisien in den einzelnen Ländern ihr jeweiliges Verhalten den nationalen Minderheiten gegenüber.

Friedensschlüsse zwischen kapitalistischen Staaten sind stets Friedensdiktate. Friedensschlüsse zwischen kapitalistischen Staaten sind stets die Keimzelle zum neuen Krieg. Die abschließenden Protokolle am Ende des Weltkrieges machten davon keine Ausnahme. Sie geben die billigen Vorwände für die Imperialisten aller beteiligten Nationen, zum Krieg zu hetzen, sie geben die Hoffnung auf neue große Rüstungsgeschäfte.

Diesseits und jenseits der polnischen Grenze hetzen die Beauftragten der herrschenden Klasse offen und geheim, von den Behörden in polnischer und in deutscher Sprache, die Bevölkerung auf.

In diesen Tagen wurde im Schloß Potulitz bei Nakel in Polen ein Seminar für polnische Auslandsdiplomaten errichtet. Diese Einrichtung ist unter dem Wahlspruch erfolgt:

„Der polnische Kaplan und das polnische Gebet sind die stärkste Festung für das Polentum im Ausland.“

Die Absolventen dieses Seminars wurden von einer polnischen Zeitung als die geistigen Führer Polens im Ausland bezeichnet. Die nationalen Priester sollen die etwa 150.000 Personen umfassende polnische Minderheit in Deutschland betreuen, sie sollen dafür sorgen, daß die Polen Polen bleiben und keine andern Interessen vertreten als die Interessen der polnischen Bourgeoisie.

Und darüber hinaus bei uns? Sehen wir uns um; Jetzt wissen wir endlich, wozu überhaupt die Pressestelle der Provinzialverwaltung von Niederschlesien da ist. Ihre Hauptaufgabe scheint in der nationalistischen Verhetzung der niederschlesischen Bevölkerung

Wohn Silvester?

Natürlich nur zur Jahresschlussfeier „Was ist los“ in der Monistischen Gemeinde, Grünstraße. Einlaß 20 1/2 Uhr, Beginn 21 Uhr. Karten nicht wie gestern angezeigt 20 Pfg., sondern 25 u. 35 Pfg.

Revue des Jahres

Rede des Gen. Eckstein

zu bestehen. Unter der zynischen Ueberschrift „Internationaler Friede“ wird der Presse eine Fülle von Zitaten aus dem Ausland zur Verfügung gestellt, die in den verschiedensten Variationen den polnischen Korridor als sichere Ursache eines neuen Krieges bezeichnen. Mit besonderem Behagen zitiert die Pressestelle den englischen Abgeordneten Croßley, daß Polen noch nicht — auch nur einigermaßen — den Stand der westeuropäischen Kultur erreicht habe.

In den städtischen Büros in Breslau ist auf höhere Anordnung folgendes Plakat zum Auslage gebracht worden. Ueberschrift: „Deutsche, denkt an das Unrecht an Niederschlesien“, dann folgt eine Landkarte, auf der die an die polnische Bourgeoisie abgetretenen Gebiete der Kreise Groß-Wartenberg, Namslau, Guhrau, Militsch und Trachenberg besonders verzeichnet sind.

„Ohne Volksbefragung, ohne Abstimmung müßten eine Stadt, 89 Orte mit 27.524 deutschen Einwohnern und über 200.000 Morgen (53.047 ha) deutsches Land abgetreten werden. — Und denkt an unsere deutschen Nachbarn im Posener Randgebiet Lissa, Bojanowo, Rawitsch, Krotoschin, Ostrowo.“

Diese kleine Blütenlese von diesseits und jenseits der Grenze sieht aus, als wäre sie von uns bestellt worden, um Beweismaterial zu haben dafür, daß die Bourgeoisie in Polen der herrschenden Klasse in Deutschland in nichts nachsteht. In Polen wie in Deutschland ist man mit allen Mitteln bemüht, den Proletariern einzureden, sie müßten um ihrer Vaterländer willen ihre polnisch oder deutsch sprechenden Klassengenossen hassen und zum Krieg gegen sie rüsten.

So wie heute die polnische Bourgeoisie die polnischen Proletariats gegen die deutschen Proletariats zu hetzen bemüht, genau so hetzt die deutsche Bourgeoisie die deutschen Proletariats gegen ihre polnischen Klassengenossen. Und dennoch, in einem Punkte sind sie sich alle einig, sind sie bereit, nationale Minderheitenfragen, Grenzkonflikte und Friedensdiktate zu vergessen und zu zerreißen. Polnische und deutsche Bourgeoisie sind sich einig in ihrer Todfeindschaft gegen das Land der proletarischen Diktatur, gegen die Sowjetunion.

Die klassenbewußten Proletariats dürfen sich nicht durch die nationalistischen Hetzreden, die die Bourgeoisie in Deutschland noch heute gegen Polen losläßt, täuschen lassen, sie müssen es immer wieder ihren Klassengenossen sagen, der Arbeiter hat kein Vaterland; was er nicht hat, kann man ihm nicht nehmen, was er nicht hat, kann nicht bedroht werden. „Nationale Interessen“ — das ist nur eine Umschreibung für „Interessen der Kapitalisten“. Die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat hören an den

Grenzplätzen nicht auf. Sie sind genau so in Polen zu finden wie in Deutschland. Die Frage der nationalen Minderheiten, der vernünftigen Bereinigung der Grenzen, wird im Kapitalismus niemals gelöst werden können. Das leuchtende Beispiel der Beseitigung der nationalen Gegensätze in der Sowjetunion beweist, daß allein der Sieg des Proletariats nationale Unterdrückung und Verhetzung beseitigen kann.

Wenn man „Soldaten“ spielt

Glogau, 29. Dezember.

In Skeyden spielten mehrere Schulkinder in einer Sandgrube Soldaten. Erst bewarfen sie sich mit Erdklumpen, dann füllten sie leere Flaschen mit Karbid und Wasser, damit es knalle. Als der 12jährige Erich Kuschik, Sohn eines Landwirts, eine solche Flasche in die Luft werfen wollte, explodierte sie. Der Knabe wurde durch die umherfliegenden Glassplitter

am Kopf schwer verletzt. Ein großes Glasstück drang in ein Auge. Im Krankenhaus, wohin das Kind gebracht wurde, stellte der Arzt fest, daß das verletzte Auge nicht mehr zu retten ist.

Sie haben Soldaten gespielt, Warum? Weil man schon die kleinen Kinder in der Schule mit der militärischen Ideologie vollpfropft, weil man bereits den Jüngsten und Allerjüngsten Spielzeug in die Hand drückt, das zu einer nationalistisch-chauvinistischen Verhetzung geeignet ist.

Leider kann man immer noch auch bei Arbeiterkindern beobachten, daß sie ahnungslos, beeinflusst durch die Schulummosphäre, sich dem „Soldatenspielen“ ergeben. Arbeitereltern! Es ist eure Pflicht, auch hierüber zu wachen und auch in euren Kindern das proletarische Bewußtsein, vor allem das Bewußtsein, daß gerade der Proletarier das Kanonenfutter für alle kommenden Massenmorde sein wird, zu wecken.

Noch ist es Zeit!

Von der Geschäftsstelle des D. F. V. Breslau wird uns geschrieben:

„Seit Monaten wünschen die Rechtsparteien, als Vertreter des Christentums und vor allem der Kirche, eine Aenderung des Kirchenaustrittsgesetzes. In den letzten Beratungen des preussischen Landtages ist nun ein Antrag dem Rechtsausschuß übergeben worden.“

Jeder aufgeklärte Arbeiter muß schon jetzt daran denken, in welcher Richtung das augenblicklich geltende preussische Kirchenaustrittsgesetz geändert werden soll. In Braunschweig und Anhalt ist bereits unter Führung der Nazis eine grobe Verschlechterung eingetreten. Es ist immerhin möglich, daß in Preußen bei den Mehrheitsverhältnissen ganze Arbeit gemacht wird und nicht nur der schriftliche Antrag und eine spätere persönliche Erklärung vorgeschrieben wird, sondern auch noch dieser Akt gebührenpflichtig erklärt wird.

Daß die Kirche krampfhaft bemüht ist, Scheindirigisten zu behalten, anstatt eine geistige Bereinigung als wünschenswert anzusehen, ist nur aus wirtschaftlichen Erwägungen (Kirchensteuereingänge) verständlich. Daß die kapitalistischen Parteien, unter Führung der Pseudosozialisten hitlerischer Führung die Sache mitmachen, ist erneut der Beweis, daß die Kirche ein Stützpunkt des Kapitalismus ist. Jeder Sozialist muß das erkennen und rechtzeitig die Konsequenzen ziehen, ehe die Erbschwerung eintritt. Jeder Sportler protestiert gegen

Zwickelverordnung und sonstige kulturelle Rückschritte am besten durch Austritt aus der Kirche. Jeder Rundfunkhörer, dem die „stichliche Nacht“ zu oft gesungen und gespielt worden ist, protestiert durch Kirchenaustritt.

Bis zum 31. Dezember muß eine Völkerwanderung nach dem Amtsgericht stattfinden, damit die späteren Beschlüsse des preussischen Landtages an Wirksamkeit verlieren.

Wer vor dem Abschluß des Jahres aus der Kirche ausscheidet, ist ab 1. April 1933 kirchensteuerfrei!

Auch die Frau muß austreten, weil sonst der Mann die halbe Kirchensteuer zahlen müßte. Kinder unter 14, aber über 12 Jahre müssen mit zum Amtsgericht gehen. Kinder unter 12 Jahren werden von beiden Eltern mit abgemeldet und werden auf der Bescheinigung besonders vermerkt.

Alles auf zum Amtsgericht, Zimmer 260, in der Zeit von 9—12 Uhr vormittags. Ausweis mitnehmen!

Wir von der Redaktion begrüßen es, daß die Geschäftsstelle des DFV aus ihrem Winterschlaf erwacht. Nur, ist es „wirklich noch Zeit“? Ist es nicht reichlich spät?

Oder sollte diese plötzliche „Aktivität“ auf den Druck der Opposition hin entstanden sein?

Prolet denk immer

an die Worte von Proudhon, dem Vorfahren des Sozialismus:

„Seitdem die Welt besteht, ist der Arbeiter verdammt. Nach einer Sklaverei von zwanzig Jahrhunderten hat die Religion nichts als ein Wort des Mitleids für ihn gehabt: Statt eines Sklaven hat sie einen Knecht aus ihm gemacht. Das ist das Gesetz der Liebe! Und jetzt ermahnt sie ihn liebevoller denn je, weiter zu dienen, was das einzige Mittel sei, wie sie sagt, seine Seele für die Ewigkeit zu befreien.“

an die Worte unseres Altmeisters Karl Marx:

„Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Verhältnisse, die man nicht besser schildern kann als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projektierten Hundesteuer: Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln!“

Prolet handle danach!

Noch heute mußt Du aufs Amtsgericht, Zimmer 260, und Deinen Kirchenaustritt erklären. Weg mit jeder Halbheit!

Jahrelang

Ein offener Brief an die „Volkswacht“

In der Nummer der „Volkswacht“ vom 22. Dezember erschien ein Artikel unter derselben Ueberschrift, in dem auch meine Wenigkeit als SAP-Bonze bezeichnet wurde und in dem folgender Satz zu lesen war:

„Wie wäre es beispielsweise, wenn die SAP dafür sorgen würde, daß der SAP-Bonze Hannak nicht in schafelster Weise jene SPD-Genossen im Stiche läßt, die seinerzeit für erhebliche Geldbeträge zu seinen Gunsten gebürgt haben und jetzt zur Zahlung herangezogen werden?“

Zur Richtigstellung folgendes: Ich erkläre hiermit den Redakteur oder Berichterstatter, der diesen Artikel geschrieben hat, als den gemeinsten Lumpen und Ehrabschneider, den es je in der Arbeiterschaft gegeben hat.

Warum? Nun, als ich bei der Gründung der SAP aus der SPD austrat, wurde in der gemeinsten Art gegen mich in der „Volkswacht“ wiederholt gehetzt. Das kam einem Boykott gegen mich gleich, ich war gezwun-

gen, mich in das große Heer der Arbeitslosen einzureihen. Trotz alledem habe ich bis zum Monat Dezember 1932, das, was ich von der geringen Unterstützung erübrigen konnte, auf meine Verpflichtungen abgezahlt. Warum hat der Berichterstatter nicht früher, als ich noch in Arbeit stand und größere Beträge zahlen konnte, gegen mich gehetzt? Ich erkläre also hier noch einmal, daß der Berichterstatter der größte Lump in der Arbeiterschaft ist und hoffe, die Beweise für meine Behauptung vor Gericht anbringen zu können.

Zur Frage SAP-Bonze, glaube ich, daß dem Berichterstatter der Fall Lehmann und Herrmann usw. den Verstand geraubt hat. Denn solange die SAP besteht, habe ich noch nie eine bezahlte Funktion in meiner Partei ausgeübt, sondern bin immer nur ehrenamtlich tätig gewesen. Ich bin aber stolz darauf wenn man auch unbezahlte Funktionen in der „Volkswacht“ als Bonze bezeichnet, da dadurch der Beweis geliefert worden ist, daß alle unsere ehrenamtlichen Funktionen quali-

tyv den bezahlten Bonzen der SPD in ihrer Arbeit gleichgestellt werden.

Wenn man sich das Gesamtbild des Artikels in der „Volkswacht“ näher ansieht, so spricht aus ihm die rosenfarbige Verlogenheit in der SPD über Tatsachen, die eben nicht aus der Welt zu schaffen sind.

Warum bringt die „Volkswacht“ nicht Aufklärung über die Schwermere, die in der SPD geherrscht haben? Warum bringt sie nicht Aufklärung über den Fall Herrmann? Warum schweigt sie so darüber?

Und zum Schluß der Berichterstatter! Ich glaube bestimmt, daß ich dich kenne. Wenn du noch mehr oder ganz lüthiges von dir hören willst, dann fordere mich mir ruhig weiter heraus! Ich würde mich freuen, wenn du mich vor ein laugeschicktes Gericht zitiieren würdest, damit die Öffentlichkeit Verschiedenes erfährt, was sich nach der Gründung der SAP zwischen mir und einigen Genossen der SPD abgespielt hat.

Paul Hannack.

Stumpfsinn ist Trumpf

Zwischen einer Meldung von einem polnischen Deserteur, der vor Gericht gezerrt wurde, und etlichen Meldungen von Raubüberfällen und Goldschrankknackern bringt das Wolfache Telegraphenbüro — vermeintlich, weil es sie für so wichtig hält — eine Notiz:

„Ein „sensationaler“ Rekord wird erst jetzt bekannt. Am ersten Weihnachtsfeiertag soll hier Fräulein Charlotte Altscher im Besitz von sieben Augenzeugen abends von 21 bis 22,15 Uhr 217 „Jo-Jo-Züge“ gemacht haben.“

Daß die bürgerliche Kultur im Zusammenbruch ist, das wissen wir schon lange. Aber immer mehr und mehr offenbart sich, daß die, die doch auf ihre geistigen Güter und auf alles, was zu diesen Gütern dazu gehört, soooo stolz sind, immer mehr dem Stumpfsinn verfallen.

Und so kommt es, daß irgend so ein Luxusweibchen, das viel Zeit hat, das auf dem Rücken eines ausgebeuteten und verelendeten Proletariats lebt, nichts Besseres zu tun hat, als in einer Stunde und 15 Minuten 217 mal mit dem Jo-Jo hin und her zu zappeln. Wir gratulieren dem Bürgertum zu diesem Rekord.

Au weh, o weh!

Der 217 fache Kirchenräuber ein Führer des Schlesischen Tannenbergbundes?

Glogau, 29. Dezember.

In Bad Landeck war unter dem schweren Verdacht des Kirchenbruchs in 217 Fällen ein gewisser Vertreter „von“ Budnický aus Glogau festgenommen worden. Wie hier bekannt wird, soll es sich bei dem Festgenommenen um einen Führer des Ludendorffschen Tannenbergbundes in Schlesien handeln. Außer den Kirchenbrüchern, die der Festgenommene nur in katholischen Kirchen, fast in ganz Schlesien und den Nachbarprovinzen durchgeführt hat, prüft die Staatsanwaltschaft des Landgerichts in Glatz noch die Frage nach, ob Budnický zur Führung des Adelsprädikats berechtigt ist.

Seit Wochen regt sich die bürgerliche Presse über den geheimnisvollen Kirchenräuber, dem es gelungen ist eine solche große Anzahl von Kirchen zu plündern, entrüsten und moralintropfend auf. Jetzt nimmt man einen fest und findet in ihm einen Mann, der zum Führertum der nationalen Bewegung gehört. Da kann man wirklich von „einem Schlag ins Kontor“ sprechen.

Eisenbahnunfall

Hirschberg, 29. Dezember.

Auf dem Bahnhof Nieder-Petersdorf sprang beim Rangieren ein beladener Güterwagen aus den Gleisen und fuhr gegen einen Leitungsmast der Starkstromleitung. Der Mast wurde umgerissen und die Stromleitung war längere Zeit unterbrochen. Personen sind nicht verletzt worden.

Zwei Bergleute verschüttet

Hindenburg, 29. Dezember.

WSL. Auf der Guido-Grube wurden beim Aufrichten eines Staudammes zwei Zimmerhauer von hereinbrechenden Kohlenmassen verschüttet. Einer der Verschütteten konnte sich selbst befreien, während der andere erst nach einer halben Stunde mit schweren Quetschungen geborgen werden konnte.

Beim Holztransport verunglückt

Habelschwerdt, 29. Dezember.

Als der 24jährige Arbeiter Gagulitz aus Neufalkenhain im Sägewerk in Neuwilmsdorf Bretter auf einer Lore abtransportierte, kippte plötzlich eine Lore um. Gagulitz wurde von den fallenden Brettern so schwer verletzt, daß er verstarb, bevor ärztliche Hilfe zur Stelle war.

Von Bettlern überfallen und beraubt

Löwenberg, 29. Dezember.

In Kleintörsdorf überfielen zwei bettelnde Handwerksburschen den Hausbesitzer Wittig, als er aus seiner Geldtasche den Bettlern etwas geben wollte. Die Burschen sperrten darauf den Hausbesitzer in den Keller und banden die Tür zu. Dann drangen die Täter in die Wohnung des Hausbesitzers ein und durchsuchten alle Schränke und Kästen, wobei sie zwei Uhren, zwei goldene Uhrketten und die geringe Summe Geldes erbeuteten. Als sich Wittig nach längerer Zeit selbst befreit hatte, waren die Burschen verschwunden.

Bautzen

Der Bautzener Wareneinkaufsverein hat Mitte Dezember seine Zahlungen einstellen müssen. Als Ursache wird angegeben die eckige Abhebung von Spargeldern. Von der Genossenschaftsleitung ist den Gläubigern ein Vergleich in Höhe von 35 Prozent angeboten worden. Praktisch bedeutet dieses Vergleichsangebot eine schwere Schädigung der im Wareneinkaufsverein organisierten Genossenschafter und derjenigen Werkstätten, die der Bautzener Genossenschaft ihre Spargelddarlehen zur Verwaltung ausgedient haben. Kommt der von der Geschäftsleitung angebotene Vergleich zustande, dann verlieren die in Bautzen organisierten Verbraucher 65 Prozent ihrer Stammeinlagen und die Sparrer in gleicher Höhe ihre im Wareneinkaufsverein angelegten Spargelder.

Unter Berücksichtigung des höheren Wertes der Betriebsanlage (Grundstücke, Gebäude usw.) mit dem Vergleichsstreben der Genossenschaftsleitung als ein Versuch gewertet werden, den Bautzener Wareneinkaufsverein auf Kosten der Genossenschaftsmitglieder und der Sparrer zu sanieren. Bei einigermaßen gutem Willen hätte die GEG eingetragenen und den finanziellen Zusammenbruch des Bautzener Konsumvereins abwenden können.

Recht bemerkenswert ist der Bericht der „Dresdner Volkszeitung“ über diese genossenschaftliche Pleite, die restlos unter Führung der sozialdemokratischen Bürokratie geschehen ist. Die „Dresdner Volkszeitung“ entblödet sich nicht, den Zusammenbruch als eine Folge rechts- und linksradikaler Hetze zu bezeichnen. Eine derartige Darstellung ist ebenso irrig wie bössartig. Nicht die Hetze der großen Unbekannten ist schuld an dem Zusammenbruch des Wareneinkaufsvereins Bautzen, die Schuld trägt auch hier einzig und allein die verfehlte genossenschaftliche Politik, die entsprechend der reformistischen Ideologie im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Bäume der Genossenschaftsbewegung in den Himmel wachsen sah und deshalb keinerlei Vorsorge traf, die Genossenschaftsbewegung krisenfest zu gestalten.

Cainsdorf

Als der Wohlfahrtsausschuß sich mit der Verteilung der Winterhilfe beschäftigte, beantragte der Hausbesitzer P. Becher (Sozialdemokrat), daß ein Genosse von uns bei der Verteilung nicht mit berücksichtigt werden soll. Als Grund gab er an, daß der Genosse den ganzen Tag über für andere Schuhe repariere. Er habe ihn schon öfters mit einem Rucksack voll Schuhe aus dem Hause gehen sehen. Da der Antrag vorlag, mußte er geprüft werden. Der beauftragte Beamte konnte keine Beweise für die Behauptung Bechers bringen. Der Raub der letzten Almosen, die das kapitalistische System den Proletariern gibt, durch Klassengenossen ist schärfer zu verurteilen, als das System selbst. Die Hintergründe zu dieser Tat sind egoistische private. Die Rache Bechers an einem unbehaglichen Mieter, geübt durch die SPD, ist ein Mißbrauch seiner Organisation. Die Mitgliedschaft der SPD wird das nicht empfinden, hat sie doch geschlossen, als die Geschichte 1932 ihre Theorien zerbrach. (Überwindung der Krise durch die Tolerierung des Staates, Hindenburgwahl, preußische Machtopposition.) Klassengenossen, euer Platz ist nur in der SAP und im Schutzbund.

Dresden

Die „Dresdner Volkszeitung“ berichtet, daß durch das Zusammenwirken von Genossenschaft, Gewerkschaften und Arbeiterwohlfahrt es gelungen sei, billiges Brot für Hilfsbedürftige zur Verfügung zu halten. Vom 1. Januar 1933 an können Hilfsbedürftige in den Verteilungsstellen des Konsumvereins wöchentlich je ein Mühlentrottel 1. Sorte für 50 Pfg., also 12 Pfg. unter dem üblichen Preis, entnehmen. Voraussetzung für den Genuß der Vergünstigung ist die Zugehörigkeit zum Konsumverein. Die Verteilung der Bezugsscheine wird von den Gewerkschaften und von der Arbeiterwohlfahrt durchgeführt. Die materielle Belastung trägt der Konsumverein „Vorwärts“ allein. Erwerbslose Gewerkschaftsmitglieder erhalten für sich und die unterstützungsberechtigten Mitglieder je Kopf und Woche ein Brot von ihren Gewerkschaftssekretariaten ausgehändigt. Nicht organisierte Genossenschaftsmitglieder sollen die Karten von der Arbeiterwohlfahrt abholen.

Diese Hilfe ist sehr zu begrüßen. Wir wenden uns aber dagegen, daß auch diese Hilfsaktion parteipolitisches Gepräge

Aus dem Konsumverein „Vorwärts“

Glashütte

Am 21. Dezember fand die längst billige Mitgliederversammlung der 47. Verteilungsstelle des Konsumvereins „Vorwärts“ für Dresden und Umgebung statt, in der das besoldete Vorstandsmitglied Petri das Referat übernommen hatte. Die von mehr als 250 Genossenschaftlern besuchte Versammlung ließ die Ausführungen in völliger Ruhe über sich ergehen ohne die geringste Beifallsbezeugung zu machen. In der Aussprache leitete unser Genosse Fischer, daß dem Genossen Melcher-Dresden das Wort zu geben sei, um ein klares Bild über die Aufgaben der Genossenschaften zu bekommen. Der Versammlungsleiter und SPD-Genosse Rehn weiterte sich im Einvernehmen mit Petri, über diesen geschäftsmäßigen Antrag abstimmen zu lassen, da man anscheinend die Wahrheit nicht ans Licht kommen lassen wollte. Erst nachdem die Versammlungsleitung durch die große Mehrheit der Versammelten dazu gezwungen wurde, bequimte sie sich, unter Berufung auf eine sogenannte Geschäftsordnung dem Genossen Melcher zehn Minuten als Diskussionsredner einzutäumen.

Genosse Melcher stützte sich bei seinen Ausführungen auf die sachkundige Bilanzergliederung, die der Genosse Neumann vor ihm gegeben hatte. Uebereinstimmend betonten beide Redner, daß gerade die Bilanz des „Vorwärts“ für das 41. Betriebsjahr die Maßnahmen des Vorstandes auf Verminderung der Rückvergütung unverstehlich mache und daß im Interesse der Genossenschaftsbewegung der „Vorwärts“ für das zurückliegende Betriebsjahr einen höheren Rückvergütungssatz aus-

werfen mußte, und ohne die Genossenschaft finanziell zu gefährden auch auswerfen könnte. In insgesamt 30 Minuten umfassender Diskussionsrede behandelte dann Genosse M. unter größter Aufmerksamkeit der Versammlung die Aufgaben der Genossenschaftsbewegung in der Niedergangskrise des Kapitalismus. Mit warmen Worten warb er in der Versammlung für den Genossenschaftsgedanken, weil man keinesfalls die Irrtümer und Fehler der Führung der Bewegung akzeptieren dürfe. Allgemein war der Beifall, der dem Genossen Melcher gezollt wurde.

Das Schlußwort des Vorstandsgenossen Petri hat kaum einen Versammlungsbesucher zu überzeugen vermocht, daß der reformistische Kurs in der Genossenschaftsführung beibehalten werden muß. Diese Versammlung war ein voller Erfolg für die vom Zentralen Oppositionsausschuß zur Stärkung der Genossenschaftsbewegung und zur Verteidigung der Mitgliederrechte sachlich betriebenen Genossenschaftsarbeit.

Am Tage nach der Versammlung prangte im SPD-Aushängkasten ein vom SPD-Genossen N. Tackel unterschriebener Artikel, der an Stelle der von uns für notwendig erachteten sachlichen Auseinandersetzungen sich befleißigte, in jeder Form gehässig und unsachlich zu sein. Wir werden es nach wie vor ablehnen, in diese persönliche Kampfesweise einzusteigen. Als Partei sind wir durch unsere sachliche Stellungnahme zu allen auftauchenden Problemen in Glashütte günstig gefahren, wie der Ausgang der Gemeindeverordnetenwahl unter Beweis stellte. Die Arbeiter verstehen uns, und immer stärker wenden sie sich von der SPD und ihrer Kampfesweise ab — das zeigt auch die letzte „Vorwärts“-Versammlung.

SAP, Bezirk Südwestsachsen

Am Sonntag, den 22. Januar, vorm. 9 Uhr, findet in der Turnhalle zu Mylau der

ordentliche Bezirksparteitag

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Die politische Lage und die Aufgaben der SAP, Ref.: Gen. Klaus, Zwilling-Berlin
2. Stellungnahme zum Reichsparteitag. Wahl der Delegierten
3. Bericht
4. Neuwahlen
5. Parteilangelegenheiten

Für je angefangene 50 Mitglieder soll ein Delegierter entsandt werden. Abgestimmt wird nach vertretenen Mitgliedern. Anträge der Ortsgruppen müssen bis 15. Januar beim Bezirksvorstand eingegangen sein. Delegierte, die bereits Sonnabend eintreffen, wenden sich an Genossin Meta Petzold, Mylau, Alaunstr. 21, wegen Beschaffung eines Quartiers.

Der Bezirksvorstand.
I. A.: L. Hacke

erhält dadurch, daß gewerkschaftlich nicht organisierte Genossenschaftler die ausgesprochen sozialdemokratisch aufgelegene Arbeiterwohlfahrt in Anspruch nehmen sollen, um die verbilligten Brotkarten zu erhalten. Wir halten es für richtig, daß die im Dresdener Bezirk stark verankerte Internationale Hilfsvereinigung die gleichen Rechte eingeräumt erhält, als die Arbeiterwohlfahrt. Wie wir hören, hat die Internationale Hilfsvereinigung Bezirk Ostsachsen einen dementsprechenden Antrag an die Verwaltung des Konsumvereins Vorwärts für Dresden und Umgebung gestellt. Ueber die Behandlung, die dieser Antrag erhalten wird, werden wir demnächst berichten.

Erla-Crandorf

KPD hilft den Reformisten! Die Vertreterwahlen im Metallarbeiterverband am 18. Dezember brachte dank der bolschewistischen Aktivität der Kommunisten eine Niederlage der Opposition und einen Sieg der Reformisten. Die KPD war in der Versammlung mit 2 (zwei) ganzen Mitgliedern vertreten, trotzdem sie und die mit ihr Sympathisierenden die stärkste Fraktion im DMV am Orte bilden. Da die Opposition nur eine Liste mit dem Kollegen Fritsch (SAP) an der Spitze aufgestellt hatte, wäre eine Mehrheit für die Opposition von vornherein sicher gewesen. Aber so hatte der „kämpferische Elan“ der KPD den „Erfolg“ zu verzeichnen,

daß der Vorschlag der Opposition 11 Stimmen, der Vorschlag der Reformisten 13 Stimmen erhielt. — Eroberung der Gewerkschaften unter Führung der KPD ...!

Trotzdem ist dieser Wahlausgang für uns ein Beweis, daß wir eine richtige Gewerkschaftspolitik betreiben. Wenn wir diese Taktik fortsetzen, wird die oppositionelle Strömung eines Tages ihre Erfolge einheimen können, ohne auf die kampfunfähige Herummänövriererei der Kommunisten warten zu müssen. Es bedarf intensiver Arbeit aller SAP-Kollegen, die Gewerkschaftsmassen dem Klassenkampf wieder zuzuführen. — Der Kollege Kranz-Aue hielt ein Referat, aus dem man hätte schließen können, daß sich die Gewerkschaft ohnedies etwas nach links zu entwickeln beginne. Wir bedauern: diese Reden rühren uns nicht mehr. Wir haben zwischen Reden und Taten der SPD- und ADGB-Bürokraten einen derartigen Unterschied feststellen müssen, immer wenn die bekannten radikalen Töne kamen, daß wir ihnen nicht mehr vertrauen. Die Opposition wird nur noch auf die Taten, nicht mehr auf die Worte der Herren Führer achten und wird darum kämpfen, der Bewegung eine Führung zu geben, die eindeutig auf revolutionärem Boden steht.

Eine besondere Aufmerksamkeit muß der Tätigkeit des Beitragskassierers in hiesigen DMV geschenkt werden. Es hat sich herausgestellt, daß oppositionell eingestellte Kollegen keine Einladung zur Versammlung er-

halten haben. Ebenso hat er zur letzten Reichstagswahl während seiner Kassierertätigkeit Flugblätter der SPD verteilt — eine Handlungsweise, die jedem oppositionellen Genossen den Vorwurf der „Gewerkschaftsspaltung“ einbringen würde. Die Arbeiterschaft wird sich dergleichen nicht länger bieten lassen. In einer nächsten Mitgliederversammlung wird zu gewerkschaftsschädigenden Arbeit des Koll. Unger Stellung genommen werden. Die Gewerkschaften sind kein Turnplatz der SPD.

Freital

Auch in Freital weihnachtete es sehr. Reichwehler, Reichsbanner-, Feuerwehr- und Kirchenkapellen verteilten unterm städtischen Lichtbaum um die Herzen der Winterhüllen. Nun die bösen Nazis schlossen sich der Volksgemeinschaft nicht an und musizierten für sich. Für die „ganz Hungrigen“ hat man noch ab dieser Woche eine Volksküchenpeisung eingerichtet, die Reichwehler spendete oderweise die Feldküche. Im Lager der „Winterhüllen“ gibt man sich nach all den Anstrengungen der guten Hoffnung hin, den bösen Winter glücklich und ungestört zu überleben.

Einpöpping herrscht aber noch immer in den Kreisen der Konsumvereinsmitglieder, ob des weihnachtlichen Geschenke der „Vorwärts-Gutsheime“. Mit Kaffee und Kuchen heißt man aber auch hier die Gemüts bald wieder zu besänftigen. Ganz ohne Austritte wird es aber trotzdem nicht abgehen. Wie uns berichtet wurde, haben z. B. in der Verteilungsstelle Freital-Zuckerode nicht weniger als 300 ihren Austritt erklärt. Auch sonst bringt die „Vorwärtsdiskussion“ allherd aus Tageslicht. So wurde in einer Verteilungsstellen-Versammlung berichtet und bestätigt, daß Amtshauptmann a. D. und Reichstagsabg. (seit 6. Nov. auch a. D.) Hans Schirmer nur 20 Prozent seines Einkommens im Konsumverein umgesetzt und Landtagsabg. Otto Schleinitz seine gesamten Fleischwaren im Privatgeschäft eingekauft hat. Obwohl die SAP sofort mit der KPD in Verbindung trat, zwecks Organisation gemeinsamer Oppositionsversammlungen und Oppositionslisten, ist die KPD ihre eigenen Wege gegangen und hat sich, wie nicht anders zu erwarten, laienhaft benommen. In Freital kamen in ihre Versammlung noch nicht einmal 50 Besucher und der vorgesehene Referent Friebe, Dresden, durfte nicht den Saal betreten, weil er überhaupt nicht Mitglied im „Vorwärts“ ist. „Die Versammlung wird wiederholt werden!“ schrieb die „Arbeiterstimme“ am nächsten Tag. Gut, warten wir ab.

Von nicht gerade „fröhlichen Weihnachten“ konnte der SPD-Mann Tippner singen. Er mußte sein Stadtverordnetenmandat niederlegen, wurde seiner gesamten Parteilunktionen entoben. (Er war Vorsitzender der SPD Grob-Freital und Reichsbanner-Vorsitzender.) Dies geschah natürlich in aller Stille. Wenn man den Spatzen noch glauben kann, die es bereits von den Dächern pfeifen, so hat sich Tippner an der Fraktionskasse und an der Reichsbannerkasse vergreifen. „Stille Nacht, heilige Nacht!“ singt die „Freitaler Volkszeitung“ zu dieser Szene. Schade, „Genosse“ Tippner, daß so etwas zum heiligen Christfest passieren muß. Man soll eben nicht auf zu hohem Roß reiten, wenn man nur ein kleiner Schulhausmann ist.

Zwickau

In der Unterschlagungsaffäre Dämmrich, über die wir bereits kurz berichteten, hatte der aus Stadtverordneten bestehende Untersuchungsausschuß in der letzten Sitzung des alten Kollegiums Bericht erstattet. Wie nicht anders zu erwarten war, haben der formelle Oberbürgermeister (Holz) und der tatsächliche Oberbürgermeister (Stadtdirektor Camphausen) es verstanden, die Schuld auf einige kleine Beamte (Verwaltungsassistent Karisch usw.) abzuschieben. Was sollen die dummen Reden eines Holz: „Es wird nun schärfer regiert werden!“ Keine Günstlingswirtschaft treiben ist besser, Herr Oberbürgermeister! — Die Anträge der KPD, die unterschlagenen Summen vom Gehalt des Oberbürgermeisters zu kürzen, wurden natürlich ebenfalls abgelehnt.

Zu einem Riesenprozeß gestaltete sich das Verfahren gegen den Nazi-Studienrat Polley vor dem Schwurgericht Zwickau. P. war angeklagt wegen Verleitung zum Meineid und Sittlichkeitsverbrechens. Die Taten dieses „sittlichen Erneuerers“ zu beschreiben, sträubt sich die Feder. Bezeichnend ist, daß selbst der Verteidiger des P., ein Berliner Rechtsanwalt, vor Gericht erklärte, hätte er die Taten des P. vorher gekannt, dann hätte er die Verteidigung nicht übernommen. — P. wurde zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Dresden
Kauft bei
Schuh-Oestreich
das billige Schuhhaus Dresdens
Verkaufsteil:
Jahnstraße 5, am Wettiner Bahnhof
Frauenstraße, Ecke Schössergasse
Königsbrückerstraße, am Albertplatz
Oschatzerstraße 13
Poststraße, neben L+Mu

Radebeul
Alle Schuhreparaturen bei
Erich Gebauer
RADEBEUL · Serkowitzer Str. 72 · Nizzastr. 44
Pirna
Bäckerei und Konditorei
Karl Gollmar Steinplatz 14

Zwickau
Besuchen Sie das Kino-Varieté für jedermann
Deutsches Theater
Montag und Donnerstag
Programmwechsel
Volkspreise: 35, 50, 70 Pfg.

Heidenau
Heidenauer Hof, Inh. Ernst Tamberl
Spezial-Anschauk — Bier — Zeiniger Krosenbräu
Vereinszimmer — Schattiger Garten
Jeden Sonnabend · Schlachtfest.
Verkauf ff. Wurstwaren auch über die Straße.

ORGANISATIONEN NACHRICHTEN
SAP
Cainsdorf. Hauptversammlung am 14. Januar 1933 im Turnerheim. Abends 19.30 Uhr.
Deutscher Freidenker-Verband, Ortsgruppe Plasnitz. Unsere Jahreshauptversammlung findet am Sonnabend, den 7. Januar 1933, 19.30 Uhr, im Volkshaus statt. Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Die erste Zusammenkunft der Jugendweihlinge und ihrer Eltern ist am Mittwoch, den 4. Januar 1933, 19 Uhr, im Konsum-Restaurant.

Möbel
handwerksmäßig ge-
diegene Arbeit. Lange-
Straße 15. Matthes.

Beachtet unsere Inserate